

# DIALOG



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus  
»Amerika und Europa –  
Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?«  
Forum am 18. Januar 2011



# DIALOG

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus  
»Amerika und Europa –  
Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?«  
Forum am 18. Januar 2011



Impulsreferat von Friedrich Merz

Auf dem Podium (Titel v. l. n. r.):

Dr. Dietmar Roth

Friedrich Merz

Dr. Melinda Crane (Moderatorin)

Dr. Matthias Rößler

Bodo Finger

Sebastian Scheel



## Inhalt

### Eröffnung des Forums

»Amerika und Europa – Folgt der  
Finanzkrise die Staatskrise?« durch  
Dr. Matthias Röbner, Präsident  
des Sächsischen Landtags ..... 6

### Impulsreferat

von Friedrich Merz ..... 10

### Vorstellung der Teilnehmer

an der Podiumsdiskussion ..... 20

Podiumsdiskussion ..... 22

#### Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
V.i.S.d.P.: Annett Holley, Sächsischer Landtag  
Fotos: S. Giersch  
Gestaltung, Satz: www.oe-grafik.de  
Druck: Druckfabrik Dresden GmbH





## Eröffnung des Forums »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« durch Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Präsident Hagenloch, sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete des Sächsischen Landtags, verehrte Gäste,

ich danke Ihnen, dass Sie meine Einladung angenommen haben und freue mich sehr, Sie zu den Dresdner Gesprächskreisen im Ständehaus begrüßen zu können.

Meine Damen und Herren, Ideen und Strategien brauchen Multiplikatoren.

Ich habe diese Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, um vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit Ideen und Strategien aufzunehmen, auszutauschen und vor allem gemeinsam weiterzuentwickeln.

Wir verfügen in Deutschland und nicht zuletzt hier in Sachsen in allen Bereichen der Gesellschaft über ein hohes Basispotenzial der materiellen und ideellen Wertschöpfung, das es zu nutzen gilt.

Wir können dieses Potenzial aber nur im Zusammenspiel der Kräfte und Interessen zur Entfaltung bringen, wie sie dann beispielgebend auf unserem Podium hier vertreten sein werden. Was wir brauchen, sind Zentren für politisch-kulturelle Innovationen.

Dazu verweise ich auf drei inhaltliche Schwerpunkte, die ich dieser Veranstaltungsreihe sehr gerne mit auf den Weg geben will.

Einen ersten Schwerpunkt bildet die Schärfung des Bewusstseins unserer sächsischen Identität. Sächsische Geschichte und regionale Identität in Mitteleuropa gehören zu den wertvollsten Quellen unserer kulturellen und ökonomischen Leistungsfähigkeit, aus denen es für unsere Zukunft zu schöpfen gilt. Sie geben den Menschen in diesem Freistaat Stolz, Selbstbewusstsein und Zuversicht.

Den zweiten Schwerpunkt sehe ich in der Stärkung des Föderalismus und der Entwicklung der Demokratie, deren Prinzipien sich nicht aus zentralistischen Perspektiven heraus, sondern einzig

und allein von der Basis her entfalten können. Bundestag und Landtage müssen nach dem Lissabon-Vertrag und der damit verbundenen Subsidiaritätskontrolle effektiv an den europäischen Gesetzgebungsvorhaben mitwirken können, insbesondere dann, wenn sie unsere Zuständigkeit betreffen. Eine Zukunft hat der deutsche Föderalismus nur, wenn die Länder europäische Politik aktiv mitgestalten können.

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit liegen mir als dritter Schwerpunkt und Grundprinzip verantwortungsvollen politischen Handelns besonders am Herzen. Ein nachhaltiger, generationsgerechter und vor allem ausgeglichener Haushalt ist die wichtigste Konstante einer erfolgreichen sächsischen Politik. An diesem politischen Alleinstellungsmerkmal des Freistaates Sachsen in der Bundesrepublik Deutschland halten wir weiterhin eisern fest.

Die Forderung der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit gilt aber nicht nur bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzkreisläufe und einer,

wie Kurt Biedenkopf immer so schön sagt, enkelgerechten Haushaltspolitik. Sie gilt auch für die Bewahrung der Schöpfung.

Und sie gilt für das Ringen um soziale Gerechtigkeit, bei der es nicht um die Gleichheit, sondern um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, nicht um Ergebnisgleichheit, sondern um Chancengleichheit geht und deren Umsetzung auch noch den Wohlstand künftiger Generationen im Blick haben muss.

Den gemeinsamen Rahmen für diese drei Wertsetzungen – Identität, Föderalität, Nachhaltigkeit – bildet für uns Deutschland und Europa. Obwohl sich unsere Bundesrepublik gerade in der Krise als Wirtschaftsmacht und Solidargemeinschaft bewährt, ist die Europäische Union unverzichtbarer Rahmen für unsere Politik in einer multipolaren Welt.

Meine Damen und Herren, vor fast einem Jahr hat Friedrich Merz in einem Telefonat zwischen uns das heutige Thema gestellt: Folgt der Finanzkrise in Europa und Amerika die Staatskrise? Eigentlich könnten wir für einige Staaten der europäischen Währungsunion heute auf das Fragezeichen verzichten. Dabei galt die Euro-Zone doch ursprünglich als Kern einer Stabilitätsgemeinschaft »Europäische Union«. Die Deutschen, die dem Euro lange skeptisch gegenübergestanden hatten, wurden zum exportorientierten Kraftzentrum in einem einheitlichen Wirtschaftsraum von zugebenermaßen mehrheitlich älteren Menschen. Die Europäische Zentralbank



formte man nach dem Vorbild unserer grundsoliden Bundesbank.

Die wirtschaftsschwächeren Staaten profitierten vom neuen, starken Geld. Aber, meine Damen und Herren, Staat und Bürger lebten dort über ihre Verhältnisse und häuften riesige Schuldenberge zu anfänglich niedrigen Zinsen an. Als die Risiken höher und das Geld knapper wurden, erwischte es zuerst die Griechen – die sich mit gefälschten Statistiken in den Euro geschmuggelt hatten, – dann die Iren – diese gleich mit einem Etatdefizit von 32 %. Auch die Kreditwürdigkeit Spaniens, Portugals und Italiens wird herabgestuft. Die Länder können die exponentiell steigenden Zinsen für immer neue Schulden nicht

mehr tragen. Versicherungen, Banken und Finanzinvestoren, hinter denen übrigens Sparer in Deutschland, China, Skandinavien und anderswo stehen, erkennen die Risiken und wollen ohne Sicherheiten kein Geld mehr leihen.

Obwohl es die europäischen Verträge verbieten, helfen die europäischen Regierungschefs und der Internationale Währungsfonds. Griechenland bekommt 110 Milliarden Euro und ein Rettungsschirm von 750 Milliarden wird aufgespannt, von dem das wegen seiner Banken gestrauchelte Irland 85 Mrd. Euro abbekommt. Griechenland steht unter Zwangsverwaltung, die despektierlich »PIIGS« genannten Staaten stehen vor härtesten Haushaltsanierungen.



Können diese Staaten ihre Haushalte je in Ordnung bringen und akzeptiert deren Bevölkerung die damit verbundene Absenkung des Lebensstandards?

Soll die Europäische Zentralbank die Anleihen hochverschuldeter Staaten kaufen?

Kommt es zur Verschärfung des europäischen Stabilitätspaktes, zu automati-

schon Sanktionen für Schuldensünder, zu einer Wirtschaftsregierung – deutsch oder Export beschränkend französisch – oder zu einer europäischen Transferunion?

Das sind nicht die Fragen eines lesenden Arbeiters, die uns Bertolt Brecht überlieferte, sondern die der Steuerzahler und der von Inflationsängsten umgetriebenen Sparer.

Meine Damen und Herren, Amerika hat es nicht besser. Die offizielle Arbeitslosigkeit in der Neuen Welt liegt bei 9 %, die reale, sagen manche, bei bis zu 17 %. Die Staatsschulden sind seit Bill Clintons vergleichsweise goldenen Zeiten von 33 % des Bruttosozialproduktes auf heute 62 % gestiegen und könnten 2020 griechische Verhältnisse erreichen.

Der US-Verteidigungsetat ist mit 550 Milliarden jährlich doppelt so hoch wie der Russlands, Chinas, Japans, Indiens und der restlichen NATO-Staaten zusammen. Ohne chinesische Kredite, die inzwischen 20 % der Staatsschulden ausmachen, könnte Amerika weder seine Kriege finanzieren noch die militärischen Stützpunkte in 120 Ländern unterhalten.

Meine Damen und Herren, funktioniert eine Weltmacht auf Dauer auf Pump?

Kann der in immer größerer Menge gedruckte Dollar stabil und Leitwährung der Welt bleiben?

Wie können verantwortungsvolle Politiker – Demokraten und Republikaner – ein Haushaltsdefizit von 1,3 Billionen Dollar und parallel Steuerkürzungen von 2 Billionen Dollar bis 2013 überhaupt vertreten?

Wird die von Obama einberufene überparteiliche Kommission für fiskalische Verantwortung und Reform radikale Kürzungen in Verteidigungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik durchsetzen können?

Meine Damen und Herren, wir brauchen Antworten auf diese Fragen. Die Alte und die Neue Welt, die Demokratien des Westens, sitzen in einem Boot. Fast 40 % des Welthandels finden zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union statt, mehr als mit China, Indien und anderen Schwellenländern. Wir haben in dieser transatlantischen Gemeinschaft nicht nur diesel-

ben Probleme, sondern auch dieselben Werte und dieselbe offene und demokratische Gesellschaft. Vergessen wir das nie.

Schto djelatch?

Was tun?, würde der Russe, nicht nur Wladimir Iljitsch Lenin in seinem Buch, fragen. Meine Blicke richten sich auf unseren Redner und die Diskutanten im Podium.

Friedrich Merz hat das Thema »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« nicht allein als Vorsitzender der Atlantikbrücke gewählt, er ist auch mein Vorsitzender, auch wenn sich diese Vereinigung der Förderung der transatlantischen Beziehungen ganz besonders verpflichtet fühlt.

Denn zuallererst geht dem Politiker, Redner und Schriftsteller Merz ein Ruf als Finanz- und Wirtschaftsexperte voraus, dessen Thesen und Vorschläge immer wieder die Reformdebatten in Deutschland befeuert haben.

Seinen Weg in der Politik begann der Rechtsanwalt im Europäischen Parlament, dem er von 1989 bis 1994 angehört hat.

Friedrich Merz war von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, Obmann seiner Fraktion im Finanzausschuss, stellvertretender Vorsitzender und seit 2000 als Nachfolger von Wolfgang Schäuble Vorsitzender seiner Fraktion.

Nach der Bundestagswahl 2002 wurde Angela Merkel Fraktionsvorsitzende und

Friedrich Merz wurde zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden mit Zuständigkeit für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Finanzen gewählt.

Im Dezember 2004 zog er sich von diesem Amt und mit Ablauf der Legislaturperiode 2009 zugleich auch aus der Bundespolitik zurück.

Bereits zuvor hatte er einen dramatischen Ansehens- und Einflussverlust des Parlaments beklagt und eine Grundsatzdebatte über die Zukunft des Parlamentarismus gefordert.

Als Buchautor hat er im letzten Jahrzehnt Zukunftsstrategien und Handlungsmodelle zur Diskussion gestellt und nach Wegen zu einer dynamischen und zukunftsfähigen Gesellschaft in Deutschland gesucht.

Es ist für uns als Gastgeber eine ganz besondere Ehre, dass Friedrich Merz die Dresdner Gesprächskreise hier im Ständehaus mit seinem Vortrag eröffnet.



## »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« Impulsreferat von Friedrich Merz

Sehr geehrter Herr Präsident Rößler,  
meine Damen und Herren!

Zunächst Ihnen, Herr Präsident Rößler,  
herzlichen Dank für die sehr liebenswür-  
dige Begrüßung und die freundlichen  
Worte, die Sie gefunden haben. Ich bin  
heute erneut gern nach Dresden gekom-  
men, und ich habe in der Tat mit Ihnen  
schon vor über einem Jahr verabredet,  
dass wir heute Abend diese Gesprächs-  
reihe eröffnen.

Wir haben bei der Wahl des Themas  
im letzten Jahr ein Fragezeichen hinter  
den Titel gesetzt und ich gebe offen zu,  
wenn ich im letzten Jahr eine Einschät-  
zung hätte abgeben sollen, zu Beginn  
des Jahres 2010 über den Verlauf des  
Jahres 2010, sie wäre nicht so optimis-  
tisch gewesen, jedenfalls nicht für  
Deutschland und für große Teile Euro-  
pas. Auch wäre ich etwas zurückhaltend  
in meiner Einschätzung mit der Entwick-  
lung in Amerika gewesen – jedenfalls was  
die wirtschaftliche Entwicklung betrifft.

Aber Deutschland, große Teile Euro-  
pas und Amerika sind im Jahr 2010 bes-

ser aus der Krise herausgekommen als  
noch zu Beginn des Jahres 2010 ange-  
nommen. Dies gilt für die Lage auf dem  
Arbeitsmarkt, dies gilt zum Teil sogar für  
die öffentlichen Haushalte. Wir konnten  
dies heute wieder in den Zeitungen lesen  
und diese Entwicklung betrifft vor allem  
solche Branchen, die wir gemeinhin als  
Zukunftsbranchen oder Zukunftsindus-  
trien bezeichnen.

Herr Präsident Rößler, Sie haben mich  
eingeladen insbesondere in meiner Funk-  
tion als Vorsitzender der Atlantik-Brücke.  
Die Atlantik-Brücke ist eine Organisation,  
die im Jahre 1952 gegründet wurde von  
dem Hamburger Bankier Eric M. Warburg,  
von Marion Gräfin Dönhoff und von Hel-  
mut Schmidt. Den Gründern und vielen  
anderen, die später dazugekommen sind,  
war es immer ein Anliegen, das transat-  
lantische Verhältnis als das besondere  
Verhältnis einer Wertegemeinschaft über  
den Atlantik hinweg zu pflegen. Einige  
der Gründer, insbesondere der schon  
benannte Hamburger Bankier Eric M.  
Warburg, waren im selben Jahr auch  
Gründer des American Council on Ger-

many in den USA. Es sind zwei Schwes-  
terorganisationen daraus geworden,  
die insbesondere in den 40 Jahren des  
»Kalten Krieges« viel dazu beigetragen  
haben, dass Brücken über den Atlantik  
gebaut werden konnten. Die Präsiden-  
ten in den USA, die Bundeskanzler der  
Bundesrepublik Deutschland, sie alle  
waren nicht nur Gast bei diesen Organi-  
sationen, diese Organisationen waren  
auch ihren Präsidenten und Kanzlern  
Ratgeber und Unterstützer.

Über die Organisation der Atlantik-  
Brücke will ich gar nicht länger sprechen,  
aber Sie sollen verstehen, warum ich es  
sage: Es sind zwei Organisationen gewe-  
sen, die im Zeichen des Kalten Krieges  
gegründet wurden und die in den 40 Jah-  
ren des Kalten Krieges ihren Beitrag zu  
Frieden, Freiheit und nicht zuletzt auch  
zur Wiedergewinnung der Deutschen  
Einheit geleistet haben. Diese Wieder-  
vereinigung in Frieden und Freiheit,  
nicht nur unseres Landes, sondern des  
Europäischen Kontinents, ist möglich  
gewesen, weil Deutschland nach den  
Verheerungen des Zweiten Weltkrieges

klare politische Entscheidungen getroffen  
hat. Entscheidungen, die alles andere  
als unumstritten waren, die sich aber  
auch nach einem Regierungswechsel im  
Jahr 1969, dem ersten großen Regierungs-  
wechsel in Deutschland, als richtig er-  
wiesen haben und auch von den nach-  
folgenden Regierungen immer als richtig  
akzeptiert wurden.

Die Einbindung in den Westen, die  
Wiederbewaffnung, der Beitritt zur NATO,  
das alles, meine Damen und Herren,  
sind weder rein ökonomische noch rein  
militärische Entscheidungen gewesen,  
es waren fundamentale politische Ent-  
scheidungen, politische Entscheidungen  
zur Wiederherstellung einer Nachkriegs-  
ordnung, die sich in allererster Linie ge-  
meinsamen Werten verbunden gefühlt  
hat: Demokratie, Marktwirtschaft, Men-  
schenrechte, Bürgerrechte, Freiheits-  
rechte, Parlamentarische Demokratie mit  
unterschiedlichen Erfahrungen und un-  
terschiedlichen Schlussfolgerungen aus  
diesen Erfahrungen. Aber die gemeinsa-  
me Wertegemeinschaft war das Dach.

40 Jahre erfolgreiche Politik bedeuten  
nicht zwangsläufig weitere 40 Jahre er-  
folgreiche Politik. Im September 2001  
hat es in New York und Washington  
schreckliche Terroranschläge gegeben.  
Im Jahr 2008 ist die Welt mit einer bis  
dahin ungekannten Finanzkrise konfron-  
tiert wurden. Ich nenne diese beiden  
säkularen Ereignisse ganz bewusst in  
einem historischen Kontext. Der Terroris-  
mus und die unbewältigten Folgen die-



ser Finanzkrise sind die beiden großen  
Themen, die das transatlantische Ver-  
hältnis seitdem bestimmen und die auch  
die gesellschaftspolitische Diskussion auf  
beiden Seiten des Atlantiks bestimmen.

Hier wie dort, in Europa wie in den USA,  
beginnt diese Diskussion fundamentale  
Züge zu tragen. Ich will den Vergleich  
nicht überstrapazieren und ich weiß  
sehr wohl, dass manch einer den Ver-  
gleich kritisch sieht, und ich verstehe  
diese Kritik. Aber haben der Protest  
gegen den Stuttgarter Bahnhof und die  
Tea-Party-Bewegung in Amerika nicht  
trotzdem einige Gemeinsamkeiten? Bei-  
de Protestbewegungen haben sich doch  
bei aller Unterschiedlichkeit vom eigent-  
lichen Anlass gelöst, die Bewegung von

der Gesundheitsreform und die Debatte  
gegen den Bahnhof in Stuttgart vom  
Bahnhof. Denen, die da demonstrieren  
und die sich zum Teil politisch radikali-  
sieren, auf beiden Seiten des politischen  
Spektrums, geht es längst nicht mehr nur  
um eine bessere Gesundheitsreform oder  
um einen anderen Bahnhof, hier bricht  
sich Protest breiter Schichten mitten aus  
der Bürgerschaft heraus Bahn gegen  
Verwaltungsentscheidungen und noch  
mehr gegen demokratisch legitimierte  
parlamentarische Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, diese Fest-  
stellung soll sozusagen am Beginn des  
Teils meines Vortrages stehen, der sich  
mit der Wertegemeinschaft beschäftigt.  
Die Wertegemeinschaft zwischen Amerika

und Europa steht heute vor einer neuen und bis dahin unbekanntem Bewährungsprobe unter völlig veränderten Vorzeichen.

Lassen sie es mich so ausdrücken: Es gibt auf der Welt keine Demokratie ohne freiheitliche Wirtschaftsordnung. Wir sagen Marktwirtschaft in Europa. Aber es gibt eine Reihe von Staaten, die die Marktwirtschaft oder sagen wir eine offene Wirtschaftsordnung eingeführt haben, ohne zugleich, jedenfalls nach unserem Verständnis, eine Demokratie zu sein. Ja, wir erleben, dass Länder wie China und auch einige andere Länder einen rasanten ökonomischen Aufschwung und einen ebenso rasanten technologischen Wandel in einem autoritären politischen System offenbar schneller herbeiführen können als die notwendigerweise in ihren Entscheidungsprozessen langsamer entscheidenden Demokratien des alten Westens. Vor diesem Hintergrund stellt sich uns eine ganze Reihe von neuen Fragen. Mit »uns«, damit meine ich die Amerikaner, aber auch die Europäer.

Die erste Frage, die ich stellen möchte, hat mit der Finanzkrise nichts zu tun. Die erste Frage lautet: Geben wir eigentlich in diesen von uns als freiheitlich benannten Gesellschaftsordnungen mit ihren politischen Entscheidungsinstitutionen die richtigen Antworten auf terroristische Bedrohung und asymmetrische Kriegsführung in vielen Teilen der Welt?

Ich will heute Abend keinen Vortrag über Afghanistan halten, aber die Debatte

darüber, die auch in unserem Land mit zunehmender Intensität geführt wird, zeigt, dass wir großen Teilen der Bevölkerung offensichtlich nicht in der Lage sind zu vermitteln, um welche große Herausforderung es da tatsächlich geht. Die Debatte um Integration in unserem Land selbst zeigt auch, dass wir offensichtlich nicht in der Lage sind, die richtigen innenpolitischen Akzente zu setzen. Asymmetrische Kriegsführung bedeutet, dass wir es eben mit einer völlig anderen Form von militärischen Auseinandersetzungen zu tun haben, als wir sie noch während des »Kalten Krieges« so schön einfach beschreiben konnten. Das, was hier stattfindet, ist nicht mehr einfach, es ist auch nicht einfach zu erklären, aber vielleicht können wir uns wenigstens darauf verständigen, dass es eine enorme Herausforderung für die freiheitlichen Ordnungen unserer Gesellschaften ist und dass freiheitliche Gesellschaften in ihren Mittel diesen Herausforderungen zu begegnen naturgemäß immer begrenzter sind als autoritäre politische Systeme. Und deswegen ist die Debatte über diese Frage nicht nur richtig, sie ist notwendig.

Und vielleicht darf ich das an dieser Stelle auch sagen: Ich finde, dass die politische Klasse in Deutschland – und das ist keine parteipolitische Bemerkung, sondern es ist eine allgemeine politische Bemerkung – die Debatte um diese Frage in der Öffentlichkeit nicht nur nicht scheuen darf, ich finde, sie

muss sie offen führen. Wenn wir unsere Bevölkerung, die Wählerinnen und Wähler in Deutschland, gewinnen wollen für die Bewältigung neuer Aufgaben, die sich uns auch global stellen, dann darf die politische Klasse die Debatte um diese Aufgaben nicht verweigern.

Ich bin mir übrigens sicher, wenn wir dies begonnen hätten zu dem Zeitpunkt, als die ersten Einsätze der Bundeswehr im Ausland entschieden wurden, und wenn wir dies etwas offener und kontroverser getan hätten, dann wäre es heute leichter zu begründen, warum eine Bundeswehr, die zunehmend nicht mehr aus Wehrpflichtigen, sondern aus Berufssoldaten bestehen wird, auch in Zukunft außerhalb des Nato-Territoriums und damit außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, Aufgaben für unsere innere Sicherheit übernehmen muss.

Wahrscheinlich steht uns der Kern dieser gesellschaftspolitischen Debatte – und das ist keine militärische, keine verteidigungspolitische, es ist eine außenpolitische und es ist vor allem eine gesellschaftspolitische Debatte – mit dieser fundamentalen Veränderung der inneren Struktur der Bundeswehr erst noch bevor.

Erst meine zweite Frage zielt auf die Finanzkrise: Haben Amerika und die europäischen Staaten die richtigen Antworten in der Finanzkrise gegeben?

Meine Damen und Herren, ich nenne Amerika und die europäischen Staaten deshalb, weil sie, Amerika und Europa – ich sage sogar: allein – für diese Finanz-

krise verantwortlich sind. Es ist keine globale Finanzkrise, sie hat jedenfalls keine globalen Ursachen. Sie hat europäische und amerikanische Ursachen. Auch hier will ich aus Zeitgründen nur einige Anmerkungen machen und einen weiteren Teil vielleicht der Diskussion überlassen.

Warum ist diese Krise überhaupt entstanden? Weil es gierige Banker gab, weil es unverantwortliche Banken gab? Ja, das ist eine Erklärung, aber, meine Damen und Herren, das ist nur ein Teil der Erklärung. Zur Vollständigkeit gehört, dass diese Banken Spiegelbild eines Ausgabe- und Konsumverhaltens sowohl auf der öffentlichen als auch auf der privaten Seite sind, die wir eigentlich schon seit mehreren Jahrzehnten weder in Amerika noch in Deutschland länger verantworten konnten. Die Bankenkrise, die Finanzkrise – und die Finanzkrise ist eine Bankenkrise – sind damit auch Krisen der Bankkunden geworden. Die Bankenkrise ist ein Reflex auf überbordende Ausgaben, und diese wurden erst in den privaten Haushalten in den USA angefeuert durch die Politik, nicht zuletzt durch die Reagan-Administration schon in den Achtzigerjahren und die überforderten öffentlichen Haushalte auf europäischer Seite. Jenseits aller notwendigen und richtigen technischen Antworten in der Überwachung der Banken, in der Frage der Ratingagenturen, in der Frage der Sicherungssysteme,

jenseits aller dieser Fragen müssen wir alle in unserer Gesellschaft überprüfen, ob die Ansprüche, die wir an unseren Staat stellen, nicht mittlerweile ein Maß erreicht haben, dass diesen Staat – und der Staat sind wir alle am Ende des Tages – vor unlösbare Aufgaben stellt. Lassen Sie es mich auf einen ganz einfachen Nenner bringen: Wenn alle alles haben wollen, dann müssen alle alles bezahlen. Die kurzfristigen Antworten in der Krise waren zur Ankurbelung der Konjunktur richtig. Aber das ist keine Blaupause für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte. Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen kann nicht auf Dauer mit staatlichen Haushaltsmitteln betrieben werden.

Meine dritte Frage lautet: Können die modernen westlichen Industrienationen auf den globalen Märkten eigentlich auf Dauer ihre Wettbewerbsfähigkeit verteidigen? Meine Damen und Herren, wir führen eine intensive Debatte in Europa um die Frage unserer Wettbewerbsfähigkeit. Und Deutschland hat in der Krise bewiesen, sehr zum Kummer manches europäischen Nachbarn, dass wir eine geradezu überragende Wettbewerbsfähigkeit in der Krise und insbesondere in dem Jahr nach der Krise bewiesen haben. Wir haben sie bewiesen, weil wir nicht den Fehler gemacht haben, wie etwa Großbritannien oder auch die USA sehr einseitig auf den Dienstleistungssektor und im Dienstleistungssektor sehr







einseitig auf Banken und Versicherungen zu setzen. Wir, die Deutschen, sind in erster Linie, eine Industrienation, ein Land mit industrieller Produktion. Und das müssen wir auch bleiben. Die Totengesänge auf dem sekundären Sektor, die Hohen Lieder auf dem tertiären Sektor, sie haben sich – bei Licht betrachtet – als grobe Fehleinschätzung erwiesen.

Wir, die Deutschen, aber auch die Europäer, werden nach meiner festen Überzeugung deshalb den Wettbewerb auf globalen Märkten nur gewinnen, wenn wir klar erkennen, welche Herausforderungen insbesondere aus Asien in den nächsten Jahren auf uns zukommen.

Neben der finanzpolitischen Abhängigkeit, die ihre Schattenseiten, aber ohne

Zweifel im Sinne einer notwendigen Zusammenarbeit auch ihre guten Seiten hat, wird ein verschärfter Wettbewerb um Produkte, um Innovationen, um erstklassige, neue technische Entwicklungen die Märkte der Zukunft beherrschen.

Die asiatischen Staaten mit ihren autoritären politischen Systemen erweitern sich jedenfalls in der Geschwindigkeit

ihrer Innovation im Augenblick den Europäern und den Amerikanern partiell als überlegen. Wenn wir dies korrigieren wollen, müssen wir größte Anstrengungen unternehmen und dann darf auch der langsame, aber deutlich sichtbare Verlust an industriellen Arbeitsplätzen in Europa, auch in Deutschland, nicht einfach hingenommen werden.

Die Industrie, die Produktion modernster Waren und Güter, wird auch in Zukunft über den Wohlstand und damit über das Maß an möglicher sozialer Gerechtigkeit auf dieser Seite des Atlantiks entscheiden. Ich bedaure persönlich sehr, dass die Initiative, die die Bundeskanzlerin vor einigen Jahren zusammen mit dem amerikanischen Präsidenten, damals noch George Bush, ergriffen hat, nämlich eine transatlantische ökonomische Zusammenarbeit zu entwickeln, bisher so wenig Ergebnisse gezeigt hat. Diese transatlantische Kooperation könnte etwa im Bereich der Harmonisierung technischer Normen einen großen Fortschritt für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie bedeuten. Die Harmonisierung technischer Normen wird ein ganz entscheidender Faktor sein, welchen großen Industrieräumen dieser Welt es gelingt, wettbewerbsfähige Produkte auf die globalen Märkte zu bringen. Ich gebe diese Einschätzung wieder, weil ich damit eine politische Erfahrung verbinde. Ich bin im Jahr 1989 in das Europäische Parlament gewählt worden, zu einem Zeitpunkt, als noch

das Wort »Eurosclerose« in aller Munde war. Es war kurz nachdem der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors ein Weißbuch über die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes vorgelegt hat. Ein Weißbuch, und das ist das Instrument der europäischen Politik, um zunächst einmal politische Anstöße zu geben, das insgesamt über 300 Vorschläge für Richtlinien und Verordnungen enthalten hat zur Verwirklichung des Binnenmarktes, nämlich der Freiheit des Personenverkehrs, des Kapitalverkehrs, des Warenverkehrs und des Dienstleistungsverkehrs. Und mehr als die Hälfte dieser 300 Vorschläge befasste sich mit der Harmonisierung technischer Normen. Genau dieses Erfolgsrezept müssten wir heute auf das Transatlantische Verhältnis übertragen. Die Zukunftsfähigkeit der Industrie entscheidet sich nämlich maßgeblich dort, wo technische Normen in globalem Maßstab durchgesetzt werden. Die Märkte in Asien sind größer als die europäischen. Und sie sind größer als der amerikanische Markt. Aber zusammen könnten Amerikaner und Europäer ein Potenzial auf die Wagschale bringen, das es ihnen jedenfalls, sagen wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren, noch ermöglichen würde, entsprechende globale Standards zu setzen. Sie müssen es aber zusammen tun.

Meine Damen und Herren, die Frage, ob die Bevölkerung jenseits und diesseits des Atlantiks eine solche Initiative akzeptiert und unterstützt, hängt nicht

nur an den globalen ökonomischen Zahlen. Sie hängt wiederum auch an der Frage, welche gemeinsamen Werte hinter einer solchen Initiative stehen. Die Marktwirtschaft hat ihre Überlegenheit gegenüber jedem anderen ökonomischen System grandios bewiesen. Aber sie ist bis heute den Beweis schuldig geblieben, dass auch nur sie am besten in der Lage ist, auch einen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung der Armut auf dieser Welt zu leisten. Dies scheint mir im Wertekontext zwischen Amerika und Europa eine wesentliche, vielleicht eine der größten neuen gemeinsamen Aufgaben zu sein: mit nachhaltigen Bemühungen auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut auf dieser Welt zu leisten.

Schließlich, meine Damen und Herren, viertens: Sind Freiheit und Bürgerrechte im Zeitalter des Internets, elektronischer Medien und neuer technischer Entwicklungen bis hin zur Datensammlung eigentlich noch gewährleistet?

Ich will auch dies ganz offen sagen: Ich mache mir erhebliche Sorgen darum, dass die Art und Weise, wie wir mittlerweile miteinander kommunizieren, die Art und Weise, wie politisch berichtet wird, wie auch über Politiker berichtet wird, einen erheblichen Beitrag dazu leistet, dass immer weniger Menschen bereit sind, sich für öffentliche Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Das Internet hat ohne Zweifel seine größten Vorzüge. Und dass das Internet einen Beitrag zur Transparenz von Entscheidungsprozessen



sen, von Ergebnissen der handelnden Personen und Akteure leistet, ist ohne Zweifel gut und richtig. Aber ich will ganz ausdrücklich sagen: Die Medien haben mit dem Umgang mit den neuen Möglichkeiten des Internets auch eine neue, gesteigerte Verantwortung. Und ich finde gerade vor dem Hintergrund der neuen Enthüllungen der letzten Tage auch wichtig zu sagen: Es gibt auch in Zukunft eine Privatsphäre von Menschen, es gibt auch einen Schutz von Betriebsgeheimnissen, die Betriebsgeheimnisse bleiben müssen. Und nicht jeder, der Daten auf den Markt bringt, trägt dazu bei, dass dies in Zukunft auch so bleibt. Teile davon scheinen mir eher im Bereich der organisierten Kriminalität anzusiedeln zu sein als dort, wo man neue Freiheiten postuliert.

Schließlich fünftens: Haben wir eigentlich gemeinsam genug Kraft, in Europa und in Amerika, um auch andere Teile der Welt zur Anerkennung von Demokratie und Bürgerrechten zu bewegen?

Vor meinem geistigen Auge ist ein Bild fest eingebrannt, ein Bild, das sich mit einem anderen Bild überlagert, und zwischen diesen beiden Bildern liegen fast 40 Jahre.

Als im Sommer 1972 der amerikanische Präsident Richard Nixon als erster amerikanischer Präsident China besuchte, besuchte der mächtigste Mann der westlichen Welt ein Entwicklungsland – und er wurde auch so empfangen nach schwierigsten diplomatischen Vorleistungen,

die unter anderem auch George Bush Senior damals als Botschafter von Amerika in Peking erbracht hatte. Als im November 2009 der amerikanische Präsident Barack Obama seinen ersten Besuch in Peking gemacht hat, kam der größte Schuldner Chinas zu seinem größten Gläubiger. Und er wurde auch so empfangen wie man halt einen Schuldner bei der Bank empfängt. Sehr selbstbewusst, etwas von oben herab, aber hoffend, dass es ihm auch morgen noch einigermaßen gut geht, damit er wenigstens seine Schulden zurückzahlen kann. Amerika ist durch die Finanzkrise und noch mehr durch seine exorbitante Auslandsverschuldung ein geschwächtes Land und eine geschwächte Demokratie. Ein solches Amerika verliert an Strahlkraft, verliert an Überzeugungsfähigkeit. Und wenn hinzu kommt, dass dieses Land mehr denn je nach innen ausgerichtet ist, die Gesellschaft tief gespalten ist, seine Rolle nicht mehr vermag zu definieren, dann ist für Häme oder für Schadenfreude überhaupt keine Veranlassung gegeben. Im Gegenteil: Es gibt guten Grund, mehr denn je den Dialog zu suchen, die Gemeinsamkeiten zu suchen. Europa und Amerika brauchen einander und die Welt braucht ein starkes Amerika und ein starkes Europa.

Die Amerikaner werden die Europäer allerdings nur ernst nehmen, wenn die Europäer geschlossen eine gemeinsame Vorstellung von der Zukunft ihres eigenen Kontinents entwickeln und dies auch auf Augenhöhe mit Amerika diskutieren.

Finden die Europäer auf dieser Seite des Atlantiks – und das soll meine letzte Frage heute sein – in den zentralen politischen und ökonomischen Fragen für sich genommen eine gemeinsame Antwort? Meine Damen und Herren, hier schließt sich der Kreis zu dem, was auch Herr Präsident Röbber in seiner Einführung gesagt hat. Wir haben vor einiger Zeit »60 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland« gefeiert. Wir konnten im letzten Jahr »20 Jahre Deutsche Einheit« feierlich miteinander begehen und wir können heute auf mehr als zehn Jahre der erfolgreichen Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung zurückblicken. Ja, ich sage das auch ganz bewusst mit der europäischen Währung. Sie steht für mich im gleichen historischen Kontext wie Grundgesetz, Wiedervereinigung und Europäische Einigung. Und sie war ein großer Erfolg bis heute. Stellen Sie sich nur einen kurzen Augenblick vor, wir hätten die Finanzkrise ohne den Euro zu bewältigen gehabt. Wir hätten nicht nur eine Finanzkrise, sondern wir hätten vermutlich massive Währungsspekulationen gegen eine ganze Reihe von europäischen Staaten und ziemlich sicher auch gegen die D-Mark und andere Währungen großer europäischer Länder. Lassen Sie mich das vielleicht mit einem Bild verbinden. Wir haben hier ein großes Schiff gebaut – und ein großes Schiff liegt in rauer See nun einmal ruhiger im Wasser als viele kleine Schiffe.

Es gibt ein Aber. Als wir – und ich sage wir, weil ich in zwei Parlamenten an diesen Entscheidungen beteiligt gewesen bin – die gemeinsame europäische Währung eingeführt haben, haben wir zwei Versprechungen gemacht. Das erste Versprechen war: Wir schaffen eine stabile gemeinsame Währung. Ich finde, wir



können heute ohne Einschränkung sagen: Ja, dieses Ziel ist erreicht. Aus der Eurozone ist kein Inflationsraum geworden, im Gegenteil, wir haben mit Erfolg das Modell der Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen. Und auch diese Europäische Zentralbank ist vorrangig, wie es in den

Statuten heißt, dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet.

Das zweite Versprechen, das wir abgegeben haben, lautete: Wir können auf Dauer nicht in einer Währungsunion allein bestehen. Zur Währungsunion muss die politische Union hinzutreten. Ich gebe zu, wir haben hinreichend im

Unklaren gelassen, was wir denn unter politischer Union eigentlich verstehen. Die einen verstanden darunter eine Verbesserung der Zusammenarbeit der europäischen Institutionen Parlament, Kommission und Rat. Das scheint mit dem Lissabonner Vertrag gelungen zu sein. Die anderen, und denen schließe

ich mich unverändert an, haben eine vertiefte politische Zusammenarbeit in Europa befürwortet, insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wenn wir eine weitere wesentliche Lektion aus der Krise zu lernen haben, dann ist es offenkundig die, dass wir Mechanismen zur Prävention, oder anders ausgedrückt, Mechanismen zur Vermeidung vergleichbarer zukünftiger Krisen bis heute nicht wirklich entwickelt haben. Das Krisenmanagement ist das eine, aber die Vermeidung zukünftiger Krisen ist das andere. Das Management ist gut gelungen und wir erleben den Beginn des Jahres 2011 durchaus mit sehr zuversichtlichen Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung auch und gerade in Deutschland. Aber es gibt doch wohl bei vielen so etwas wie ein latentes Gefühl der Unsicherheit, der Unbestimmtheit, das Gefühl, dass da irgendwas ist, was nicht wirklich in Ordnung gebracht wurde. Es kann auf Dauer nicht gut gehen, dass wir eine gemeinsame Währung haben, aber in Europa nicht zugleich auch über Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Haushaltspolitik sprechen. Es gibt keinen Weg zurück, denn er wäre fatal für alle Beteiligten. Aber es muss einen guten und konstruktiven Weg nach vorn geben. Und dieser konstruktive und gute Weg nach vorn muss Konsequenzen aus der Finanzkrise ziehen.

Ich will es noch etwas konkreter machen. Ich habe nicht zuletzt in meinem Beruf gute Erfahrungen mit der Kompe-

tenz der Kommission in Brüssel gemacht bei der Kontrolle von Beihilfen, die durch staatliche Institutionen, durch staatliche Haushalte privaten Unternehmen gewährt werden. Warum geben wir der Kommission in Brüssel, vielleicht auch dem Rat und dem Parlament, nicht mehr Kompetenzen auch bei der Kontrolle staatlicher Defizite? Wenn die Staatsdefizite die Finanzkrise mit ausgelöst haben, wenn wir jetzt erstmalig erleben, dass auch Staaten nicht mehr uneingeschränkt zahlungsfähig sind, dann muss in einer Währungsunion eine striktere Haushaltsdisziplin verlangt und durchgesetzt werden können. Das ist auch allein ein Thema für Griechenland, für Spanien, für Portugal und für Irland. Ich darf daran erinnern, dass es Deutschland und Frankreich zuerst waren, die den Stabilitätspakt verletzt haben und den Automatismus außer Kraft gesetzt haben mit Sanktionen, die fällig gewesen wären bei Überschreitung bestimmter Defizit- und Verschuldensgrenzen.

Wir müssen also wieder gemeinsam miteinander über dieses Europa reden. Und wenn die Krise etwas Gutes hat, dann ist es die Wiederkehr der politischen Debatte um die Zukunft Europas.

Die Amerikaner jedenfalls werden uns nur ernst nehmen, wenn wir auf dieser Seite des Atlantiks eine gemeinsame Politik für eine neue globale Ordnung im 21. Jahrhundert miteinander entwickeln. Und da haben wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bewiesen, dass

manchmal erst unter dem Eindruck und dem Druck von zugespitzten Entwicklungen die Europäer zu gemeinsamem Handeln in der Lage sind. Ich bin deswegen zu Beginn des Jahres 2011 außerordentlich optimistisch, dass genau dies in den nächsten Wochen und Monaten gelingt. Es ist der übliche Mechanismus und es sind die üblichen politischen Abläufe, dass Krise und Fortschritt, Rückschritt und Durchbruch, sich in der europäischen Politik immer abgewechselt haben. Es hat nie einen geraden Weg von der Analyse des Problems zur Lösung des Problems gegeben. Dieser gerade Weg ist der Europäischen Union, insbesondere seitdem sie so groß geworden ist, einfach wesensfremd. Die Europäische Union braucht Rückschläge, sie braucht Neuanläufe, sie braucht gemeinsames Ringen um die richtigen Antworten. Aber eines scheint mir völlig klar zu sein: Scheitern, Rückabwicklung, gar Austritt aus dem Euro, meine Damen und Herren, dies kann nur jemand sagen, der sich fahrlässig hinwegsetzt über die Folgen, die dies nicht zuletzt für Deutschland hätte. Denn auch das ist wahr, ja, wir profitieren vom gemeinsamen Euro. Die Kraftanstrengungen, die die Mitgliedstaaten in der Eurozone unternahmen mussten, um in der Eurozone in Zukunft ohne Abwertung ihrer eigenen Währung bestehen zu können, waren für die meisten anderen Staaten in Europa größer als für Deutschland. Die Tatsache, dass wir jetzt in einer gemeinsamen

Währungsunion sind, hat nämlich den meisten anderen Staaten Europas ein Instrument aus der Hand genommen, das sie gerne, und oft auch gerade gegen die Bundesrepublik Deutschland, eingesetzt haben, nämlich die Abwertung ihrer eigenen Währung. Diese Debatte ist mit der Einführung des Euro endgültig und für alle Zeiten beendet. Allerdings gibt es auch größere Gefahren, nicht zuletzt durch sogenannte systemische Risiken. Und diese systemischen Risiken haben etwas mit den Banken und der Größe der Banken in Europa zu tun. Auch hier gibt es keine einfachen Antworten. Einfach zu sagen: Die Banken müssen jetzt mit herangezogen werden zur Lösung der Probleme, ja, das ist prinzipiell richtig. Nur das braucht Zeit und das braucht vor allem eine neue Risikoeinschätzung über das, was Banken tun. Denn Banken haben kein Geld, sie verwalten nur das Geld ihrer Kunden. Und die Kunden, meine Damen und Herren, sind Sie, sind wir, sind alle Bürgerinnen und Bürger, die Einlagen bei den Banken haben, kleine, mittlere und auch große. Alle, insbesondere die kleinen wären von einem Scheitern dieses Modells überproportional betroffen. Und deswegen lassen Sie uns nüchtern, aber mit dem gebotenen Nachdruck in diese Diskussion gehen.

Nach wie vor: Die Strahlkraft Amerikas, auch die Strahlkraft Europas in der Welt ist größer, als wir dies manchmal selbst von uns wahrnehmen. Amerika, das ist

immer noch für viele das Land unbegrenzter Möglichkeiten, großer Freiheiten, fantastischer Natur und großartiger Menschen. Europa, das ist immer noch für die meisten Menschen in Asien, aber auch in Amerika und hier bei uns der Kontinent, der es geschafft hat, nach Jahrhunderten permanenter, sich abwechselnder Kriege und Zerstörungen zu einer neuen freiheitlichen und friedlichen Ordnung zurückzufinden. Was können wir in meiner Generation und unsere Kinder und Enkelkinder dankbar und

froh sein, dass wir das so erleben, wie es heute ist. Keine Generation vor uns hat so gut gelebt und hat so gute Chancen, die eigene Zukunft erfolgreich zu gestalten wie die unsrige und die unserer Kinder. Wir müssen nur jetzt das Richtige tun. Und das Richtige, das ist nicht immer das, was eine spontane Mehrheit bei zufälligen Befragungen auf der Straße gerade mal so denkt. Das Richtige, meine Damen und Herren, entwickelt sich durch politische Führung, durch politische Führung in den Län-

dern, politische Führung in Europa und politische Führung auch und gerade im transatlantischen Verhältnis. Wenn das die gemeinsame Botschaft ist, die Deutsche, Europäer und Amerikaner auch zu Beginn eines neuen Jahres miteinander verbindet, dann bin ich persönlich sehr sicher, dass wir nicht nur ein weiteres gutes ökonomisches Jahr vor uns haben, sondern ich bin mir auch sicher, dass in der Krise große Chancen liegen und dass wir diese Chancen gemeinsam nutzen. Herzlichen Dank.



## Vorstellung der Teilnehmer an der Podiumsdiskussion



Dr. Dietmar Roth

Nach seinem Physikstudium im Fachbereich Elektronische Bauelemente der heutigen Technischen Universität Chemnitz absolvierte Dr. Dietmar Roth ein dreijähriges Forschungsstudium im selben Fachbereich und promovierte im Jahr 1974 zum Dr. rer. nat. Von 1974 bis 1990 war er zunächst als wissenschaftlicher Assistent und Oberassistent auf dem Gebiet der Oberflächen- und Dünnschichttechnik sowie als Dozent in der Ingenieurausbildung an der Technischen Universität Chemnitz tätig. Im Jahr 1990 erfolgte seine Habilitation. Ebenfalls 1990 gründete Dr. Roth gemeinsam mit Dr. Bernd Rau und seiner Ehefrau Dr. Silvia Roth, die Roth & Rau Oberflächentechnik GmbH, wo er auch bis 2001 als Geschäftsführer tätig war. Mit dem Formwechsel der Gesellschaft im Jahr 2001 wurde er Vorstandsvorsitzender der Roth & Rau Oberflächentechnik AG, die im Jahr 2003 in die Roth & Rau AG umbenannt wurde.

Neben seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft ist Dr. Roth Mitglied des Gutachterausschusses Plasmatechnik beim Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Friedrich Merz

Geboren am 11. November 1955 in Brilon.

Friedrich Merz ist Rechtsanwalt, Manager und ehemaliger Politiker (CDU). 1989 wurde er in das Europäische Parlament gewählt, dem er bis 1994 angehörte. Merz war von 1994 bis 2009 Mitglied des deutschen Bundestages und war dort von 1996 bis 1998 Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Finanzausschuss. Nach dem Regierungswechsel wurde er im Oktober 1998 zunächst stellvertretender Vorsitzender und im Februar 2000 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und damit Oppositionsführer. Nach der Bundestagswahl 2002 wurde Merz zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Im Dezember 2004 trat er von diesem Amt zurück.

Nach seinem Rückzug als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU wurde er Partner bei der internationalen Kanzlei Mayer Brown LLP.

Friedrich Merz ist Vorsitzender der Atlantik-Brücke, eines Vereins, der sich besonders für die Verständigung zwischen Deutschland und den USA einsetzt.

Zudem ist er Autor einer Reihe von Veröffentlichungen, u. A. »Mehr Kapitalismus wagen – Wege zu einer gerechten Gesellschaft« (2008) und »Was jetzt zu tun ist: Deutschland 2.0« (2010, zusammen mit Wolfgang Clement).



Dr. Melinda Crane, Moderatorin

Melinda Crane hat Jura an der Harvard Law School studiert und über Politische Ökonomie an der Fletcher School of Law and Diplomacy promoviert. Neben weiteren journalistischen Tätigkeiten arbeitete sie für das New York Times Magazine, den Christian Science Monitor, den Boston Globe, die Frankfurter Hefte, Internationale Politik und die ARD.

Für Deutsche Welle TV moderiert sie die Nachrichtensendung Journal sowie die politischen Talksendungen Quadriga und Capital Cities. Für den Nachrichtensender n-tv kommentiert sie die US-Politik.

Sie hat für zahlreiche öffentliche Organisationen und Privatfirmen Podiumsdiskussionen und Konferenzen moderiert und Vorträge gehalten, war auch selbst häufig Podiumsgast und Kommentatorin im Fernsehen und Hörfunk. Ihre Fachbereiche sind Transatlantische Politik; Frauen, Familien und Bildungspolitik; Klima und Umwelt; Wirtschaft (Globalisierung, Einzelhandel, Welthandel usw); Neue Medien, Internet, Kommunikation.



Dr. Matthias Rößler, Landtagspräsident

Geboren am 14. Januar 1955 in Dresden.

Matthias Rößler ist promovierter Ingenieur und kam durch die Friedliche Revolution in die Politik. Als Mitglied der Partei »Demokratischer Aufbruch« wirkte er 1989/90 am Runden Tisch und im Koordinierungsausschuss zur Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen mit. Er gehört seit 1990 dem Sächsischen Landtag für die CDU an und war von 1994 bis 2002 Kultusminister und anschließend von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Seit 2009 ist er Präsident des Sächsischen Landtags.

Er ist Herausgeber des Sammelbandes »Einigkeit und Recht und Freiheit – Deutscher Patriotismus in Europa« und einer Reihe von Veröffentlichungen insbesondere zur Friedlichen Revolution und zur Bilanz der Deutschen Einheit.



Bodo Finger

Bodo Finger ist ehrenamtlicher Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW). Der Dachverband der sächsischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände repräsentiert gleichzeitig die Interessen der sächsischen Wirtschaft bei BDI und BDA in Berlin. Als Geschäftsführender Gesellschafter leitet der 69-jährige gebürtige Leipziger die Chemnitzer Zahnradfabrik GmbH & Co. KG und die Maschinenfabrik Mönninghoff GmbH & Co. KG in Bochum.



Sebastian Scheel, Politikwissenschaftler

Geboren am 7. Dezember 1975 in Wriezen.

Nach dem Abitur studierte er von 1996 bis 2004 an der Universität Leipzig Politikwissenschaft (Abschluss 2004 M. A. rer. pol.). 1999 bis 2004 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.

1995 Eintritt in die PDS, 2001 bis 2003 Stadtvorstand der PDS Leipzig, seit 2003 Mitglied des Landesvorstandes der PDS Sachsen, seit 2005 stellvertretender Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE Sachsen. 1999 bis 2004 Stadtrat in Leipzig.

Er ist Mitglied des Sächsischen Landtags seit Oktober 2004; haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses.



**Dr. Melinda Crane:** Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich bin Melinda Crane und habe die Ehre, jetzt unsere Podiumsdiskussion zu eröffnen. Ich werde die Teilnehmer bitten, nach und nach auf die Bühne zu kommen, so, wie ich sie vorstelle. Ich beginne mit Herrn Finger.

Bodo Finger ist Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft. Als Geschäftsführender Gesellschafter leitet er die Chemnitzer Zahnradfabrik und die Maschinenfabrik Mönninghoff in Bochum. Willkommen an Herrn Finger.

Wir machen weiter. Herr Dietmar Roth ist Vorstandsvorsitzender der Roth & Rau AG, eines der erfahrensten Zulieferer der Photovoltaikindustrie. Außerdem ist er Mitglied des Gutachterausschusses für Plasmatechnik beim Bundesministerium für Bildung und Forschung. Herr Roth, bitte nehmen Sie hier Platz.

Sebastian Scheel ist Mitglied des Sächsischen Landtags und Vorsitzender des

Haushalts- und Finanzausschusses. Er ist außerdem haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und stellvertretender Landesvorsitzender der Partei in Sachsen. Willkommen an Sie alle.

Darf ich Sie, Herr Dr. Rößler, auch auf die Bühne bitten?

Ich erlaube mir nun auch eine Frage oder Bemerkung zum Thema Fragezeichen, nämlich, ob ein Fragezeichen in den Titel gehört oder nicht. Wir haben schon zweimal gehört, dass das Fragezeichen eigentlich wegfallen könnte, aber jetzt lüfte ich ein Geheimnis. Ich bin Amerikanerin – Sie werden es sicher schon gehört haben – und viele Amerikaner würden, wenn sie auf Deutschland schauen, sagen: Da gehört kein Fragezeichen hin. Es gehört auf jeden Fall ein Fragezeichen hin, wenn man von Staatskrise redet. Es gibt sehr viele Amerikaner, die gerade in dieser Zeit mit großem Neid auf Deutschland schauen. Einige Beobachter sagen, die-

se Krise, die wir jetzt in Amerika haben, ist eher Beweis dafür, welche Stärken das deutsche Modell aufweist, nämlich soziale Marktwirtschaft, und welche Schwächen wir im amerikanischen Kasino-Kapitalismus sehen können.

Friedrich Merz, Sie haben die Gemeinsamkeiten betont, aber sehen Sie da nicht schon einen großen Unterschied und Auswirkungen in diesen verschiedenen Formen des Kapitalismus?

**Friedrich Merz:** Ja. Ich habe zwischen- durch auch deutlich gesagt, dass es einen Unterschied gibt. Wir haben – jedenfalls in Kontinentaleuropa – anders als etwa in Großbritannien und eben anders als in den USA – nie so einseitig auf den Kapitalmarkt gesetzt und geglaubt, dass wir große Teile unseres Sozialprodukts im Kapitalmarkt erwirtschaften können. Wir waren immer davon überzeugt, dass wir eine produzierende Industrie brauchen. Wenn man sich England und Amerika vor diesem Hinter-

grund ansieht, ist eine wesentliche Ursache für die strukturellen Schwächen Großbritanniens und Amerikas die anhaltende Deindustrialisierung dieser beiden Länder.

Amerika versucht verzweifelt dagegen anzukämpfen, wird zunehmend nicht nur vom Kapitalimport, sondern auch vom Technologieimport abhängig. Amerika braucht zwei Milliarden US-Dollar Kapitalimport pro Tag, verschuldet sich jeden Tag um zwei Milliarden Dollar höher. Dieses enorme Leistungsbilanzdefizit schafft Abhängigkeiten, die auf die Fähigkeit, neue Technologien zu entwickeln, durchschlagen.

Das ist in Kontinentaleuropa anders, auch wenn es naturgemäß in Kontinentaleuropa ebenfalls sehr große Unterschiede gibt. Darauf habe ich eben hingewiesen und ich glaube, dass das einer der wesentlichen Vorteile ist. Ich habe große Sympathie für alle diejenigen – die Bundeskanzlerin hat es getan, der

Finanzminister auch –, die dem amerikanischen Finanzminister klar und deutlich widersprechen, dass wir aus reiner Nächstenliebe zu den Amerikanern freiwillig auf solche erarbeiteten Wettbewerbsvorteile verzichten. Dafür gibt es keinen Grund.

**Dr. Melinda Crane:** Wir kommen nachher noch einmal auf dieses Thema und Argument zwischen den zwei Ländern zurück. Aber, Herr Finger, zuerst noch einmal zu dem Thema: »making things«. Viele Amerikaner, die auf Deutschland schauen, sagen, dass die Deutschen den Ausweg aus der Krise so schnell und gut fanden, weil diese Wirtschaft in making things noch so gut ist.

**Bodo Finger:** Ich glaube trotzdem, dass dies eine oberflächliche Betrachtung ist. Es ist richtig, wir stehen gut da und die Fortschritte sind erkennbar. Wir wissen auch, woher es kommt. Es ist die Wertschöpfung, die wir hier betreiben. Diese Wertschöpfung – und das ist vielleicht

auch gleich ein Rezept für Länder, in denen das nicht in der Form entwickelt ist – entsteht im Wesentlichen durch Forschung, Entwicklung, Wissen und Bildung. Bei aller Sympathie für Amerika sehe ich gerade in diesem Bereich gewaltige Defizite. Ein rascher Aufholprozess ist deshalb gar nicht möglich.

Herr Merz hat zu Recht gesagt: Wir sitzen alle in einem Boot. Und in unruhiger See liegt das Boot ruhig und schwer. Nur – und das ist das Problem, wenn Sie sagen, wir Deutschen haben das doch in den Griff bekommen –, auf dem Deck stehen unheimlich viele Leute und streiten um den Kurs. Kurzum: Ich sehe kein politisches Konzept, das die Herausforderungen in Europa vernünftig lösen könnte.

Es ist richtig: Krisen bringen immer auch Chancen mit sich. Europa kann daher auch gestärkt aus der jetzigen Schiefelage hervorgehen. Aber derzeit habe ich mehr Bedenken, dass die EU-Mitgliedstaaten









die richtigen Weichenstellungen vornehmen. Ich erkenne keinen gemeinsamen Weg.

**Dr. Melinda Crane:** Sie teilen auf jeden Fall das Unbehagen, das Friedrich Merz vorhin angesprochen hat.

**Bodo Finger:** Ja. Ich bin optimistisch, aber ich habe auch ein Unbehagen.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Rößler, Sie sprachen von der sächsischen Identität als mögliche Quelle von Zuversicht. Wenn man die sächsische Wirtschaft anschaut, dann sieht es so aus, als ob das auch begründet sei, denn Sie haben ein außerordentlich starkes Wachstum, gerade im Außenhandel, eine extrem hohe Exportquote – ich glaube, unter den neuen Bundesländern ist Sachsen das stärkste. Sind Sie in Sachsen dadurch etwas vor der Krise gefeit?

**Dr. Matthias Rößler:** Man muss auch realistisch sein und Sie müssen im Hin-

terkopf haben, welchen gewaltigen und schmerzhaften Transformationsprozess wir durchgemacht haben. Der war natürlich in vielen Regionen dieses Bundeslandes wie überall in den neuen Bundesländern auch mit – man kann das sagen – fast Deindustrialisierungstendenzen verbunden. Wir haben sehr früh auf die Stärken dieses Landes gesetzt. Weil Sie gerade sächsische Identität ansprechen: Sachsen war ja das Mutterland der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. Unsere alte Stärke liegt im Maschinenbau, im Metallbereich, auch im Automobilbau. Dort, wo das gelungen ist, haben wir an diese große Zeit angeknüpft. Wir haben auch unsere Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, so gut es ging, erst erhalten, dann weiterentwickelt und ich denke, es ist uns gelungen, da wieder Tritt zu fassen. Aber wir haben noch allerhand vor uns.

Wenn Sie die Exportquote ansprechen – in Deutschland fast 50 %, bei uns 25 %, Herr Finger, wenn ich das richtig in Erin-

nerung habe. Wir sind vielleicht in den neuen Bundesländern weit vorn, aber vor uns liegt noch ein weiter Weg und wir müssen diese Stärken weiter ausnutzen. Wir brauchen Anschluss zumindest an die alten Bundesländer, die im mittleren Bereich liegen. Früher haben wir immer gesagt, wir wollen zu Baden-Württemberg aufschließen. Das ist sicher ein weiter Weg, aber wenn es uns gelänge, in puncto Exportquote, Industriedichte und anderer Dinge mehr schon den mittleren Durchschnitt der alten Bundesländer zu erreichen, wären wir sehr zufrieden. Wir haben allerhand geschafft, aber man muss realistisch sein. Da liegt noch ein Weg vor uns.

**Bodo Finger:** Dazu will ich ergänzen: Was die Staatsfinanzen betrifft, macht Sachsen in Europa Schule. Der Haushalt wird konsolidiert, wir leben nicht über unsere Verhältnisse und geben die Mittel vor allem zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit aus, indem wir in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren.

**Dr. Melinda Crane:** Wir kommen gleich noch einmal zur Frage Austerität zurück, aber sprechen wir erst noch einmal kurz über Wettbewerbsfähigkeit. Herr Roth, Sie als Zulieferer der Solarfotovoltaik haben sicher sehr viel Erfahrung mit Export. Wie hoch ist Ihre Außenhandelsquote?

**Dr. Dietmar Roth:** Ich schieße etwas über Ihre Prognose hinaus. Wir sind im Moment bei etwa 80 %.

**Dr. Melinda Crane:** Darf ich noch fragen an welche Länder? Ein Land, das so vom Export abhängig ist wie Deutschland oder auch Sachsen, macht sich natürlich auch verletzlich. An wen exportieren Sie hauptsächlich und wie stabil ist das?

**Dr. Dietmar Roth:** Bevor ich auf Ihre Frage zurückkomme – ich war etwas verwundert, dass Sie mich zu dieser finanz- und wirtschaftspolitischen Diskussion hier eingeladen haben, weil ich nicht wirklich, weder als Finanz- noch als Wirtschaftspolitiker, dazu beitragen kann. Aber ich

glaube, ich kann Ihnen mitteilen, wie ein mittelständisches Unternehmen, das global agiert, die Märkte aus seiner Sicht sieht. Wenn Sie damit zufrieden sind, dann will ich gern dazu etwas sagen, –

**Dr. Melinda Crane:** Genau das wollen wir hören.

**Dr. Dietmar Roth:** – weil ich das mit dem Schiff und den vielen Steuerleuten natürlich indirekt auch merke, was bestimmte Rahmenbedingungen betrifft. Aber wir sind global tätig und in dieser Branche, das ist sicher kein Einzelfall, sind die Märkte schon im asiatischen Bereich ziemlich fundamentiert und das sind natürlich dann auch unsere Kunden. Aber da widerspreche ich Ihnen etwas, Herr Merz. Die Asiaten haben leider diese Finanz- und Wirtschaftskrise genau so erfahren wie wir als Europäer oder Amerikaner. Uns sind die Kunden massenhaft auch in Asien weggebrochen. Das hängt aber mit den globalen Finanzmärkten zusammen. Die haben auch

keine Finanzierung bekommen. Asiaten in einem nicht so demokratischen Land – Sie haben es etwas autoritär formuliert, das ist auch so – sind schnell in ihren Entscheidungen. Aber wenn keine Finanzen weltweit zur Verfügung stehen, wird dort auch nichts investiert.

Uns hat diese Finanzkrise trotz globaler Aufstellung auch massiv getroffen. Wir sind auch im Jahr 2010 noch von Nachwirkungen dieser Krise betroffen, weil Sie im Maschinenbau einfach längere Produktionszyklen usw. haben. Aber was ich Ihnen vielleicht noch einmal mitteilen kann, sind – denke ich – auch Informationen, um politisches Handeln in Deutschland und auch in den USA mit zu beeinflussen. Die Lebenszyklen solcher Industrien werden immer kürzer. Wenn ich einmal zurückschauen: Für die Halbleiterindustrie hat es 20 Jahre gedauert, bis die Märkte sich nach Asien verlagert hatten, im Solarbereich sind es jetzt zwischen fünf und zehn Jahren geworden. Initiatoren waren dort die USA, Deutsch-





land und Japan, sie haben diese Märkte erschlossen und Industrien befördert.

Wir machen das heute noch. Aber ich kann Ihnen prognostizieren, dass in wenigen Jahren die Märkte auch komplett dorthin gedriftet sind. Dieser hehre Wunsch, die Innovation im Land zu halten, ist okay. Ich unterstütze das auch. Nur, wenn es keine Märkte mehr gibt, fliegt auch die Innovation aus dem Land heraus. Wo wird in Deutschland heute noch Halbleiterindustrie beforscht? An ganz wenigen Stellen. Ich prognostiziere, dass auch für Solar- und ähnliche Industrien der innovative Charakter hinübergeht. Ich gebe Ihnen Recht, wir haben dann sicher noch fünf Jahre Zeit und wir haben auch Wettbewerbsvorteile. Aber auch diese Frage der Standardisierung, was Sie so betont haben, im Halbleiterbereich, und im Solarbereich sehe ich das jetzt auch – sitzen in den Gremien, die Standards bestimmen, die Chinesen mit drin. Wir können die leider nicht draußen halten und nur die Amerikaner

und Europäer bestimmen, was Standards sind. Dort sitzen die Chinesen fest mit drin.

Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten. Ich habe sie mir auch sehr oft gestellt. Warum funktioniert die chinesische Wirtschaft, was Investitionsfreudigkeit, Schnelligkeit usw. betrifft, unter dieser autoritären Herrschaft eigentlich besser als die europäische oder amerikanische? Ich denke ganz einfach – und das muss ich für mich als Wirtschaftsmann auch so beantworten –, wir zeichnen manchmal ein etwas falsches Bild. Die Wirtschaft dreht sich in diesen Ländern auch. Zum Beispiel sind 80 % oder 90 % der Kunden privatwirtschaftlich orientiert. Das sind natürlich Entwicklungen, die wir akzeptieren müssen.

**Dr. Melinda Crane:** Es ist eine Frage, die ich eigentlich später stellen wollte, aber vielleicht kommen wir gleich dazu, weil das eine sehr faszinierende Frage ist. Herr Merz hatte uns vorhin gesagt, nur die

westlichen demokratischen Systeme seien eigentlich geeignet, ein nachhaltiges Wachstum zu sichern. Aber, Sebastian Scheel, viele in den USA sagen im Moment: Vielleicht ist nur ein Staat wie China in der Lage, durch Kommando eine Nachhaltigkeit zu sichern, die auch wirklich Wettbewerbsfähigkeit garantiert. Was meinen Sie?

**Sebastian Scheel:** Ich weiß nicht, ob Sie da jetzt den Richtigen erwisch haben. Man kann erst einmal feststellen, dass auch eine schnelle Entscheidung nicht immer eine richtige ist. Insofern, glaube ich, hat es nichts damit zu tun, ob jetzt eine Demokratie oder ein wie auch immer geartetes anderes System seine Entscheidungen zustande bringt und wie sie sich dann entwickeln werden. Man kann durchaus aber festhalten, dass wir natürlich nicht in der Lage waren, über weite Strecken – und man kann sagen mit Wegfall der Systemkonfrontation – so etwas wie gemeinsames Handeln der westlichen Welt voranzubringen. Das hat

auch mit den Amerikanern zu tun, die sich sehr auf sich selbst besonnen, unilateral gehandelt haben, nicht mehr bereit waren, großartig mit Europa gemeinsam an einer Strategie zu arbeiten.

Die Frage, wie Entscheidungen am Ende zustande kommen, sagt noch nichts über die Legitimität der Entscheidungen aus, weil die Legitimität sich daran festmacht, ob der Mensch, der sie erfährt, der von diesen Entscheidungen betroffen ist, damit zufrieden ist und ein Gerechtigkeitsempfinden darüber hat. Insofern kommen wir wieder zu der Debatte – wie meinetwegen auch bei Stuttgart: »Demokratisch zustande gekommen«, »wunderbar rechtsstaatlich alles abgesichert«, – dies sagt noch nichts darüber aus, ob die Legitimität auch da ist, denn die Legitimität von Herrschaft und Entscheidung macht sich maßgeblich darüber fest, ob der Bürger bereit ist, sie zu akzeptieren. Daran macht sich dann auch das Staatswesen – sage ich jetzt einmal – fest.

Es hilft uns wenig, so gerne ich das auch tun würde, als Kulturimperialisten aufzutreten und zu sagen: Ja, die Chinesen müssten etwas mehr Demokratie machen, parlamentarische Demokratie. Ich finde, es ist die beste Form, Konflikte auszuhandeln, Interessen wahrzunehmen. Aber das heißt nicht, dass jeder Staat und jede Kultur damit so klarkommen kann. Insofern haben auch die Chinesen das Recht, »ihre Form zu wählen«.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Merz, diese Debatte in den USA macht sich interessanterweise gerade im Bereich alternative Energien fest. Viele Amerikaner sagen, wir würden es überhaupt nicht schaffen, mit diesem Kongress irgendein Energie- oder Klimagesetz durchzubekommen. Insoweit haben wir nicht die Parameter, die der Alternativenergieindustrie überhaupt erlauben, weiter zu kommen. Währenddessen nimmt China per Kommando praktisch diese ganze Solarindustrie unter seine Fittiche. Wie sehen Sie das? Sehen Sie da einen inhärenten

komparativen Nachteil für Demokratien gegenüber einer Wirtschaft wie China?

**Friedrich Merz:** Ich glaube, dass an dieser Stelle weniger die Frage der politischen Entscheidungsmechanismen eine Rolle spielt als vielmehr die persönlichen Überzeugungen, Lebenserfahrungen und Lebensgewohnheiten, die man in demokratischen Ordnungen nicht per Knopfdruck ändern kann. Es gibt das schöne Sprichwort: In der Demokratie haben die Wähler immer recht. Sie haben nicht jeden Tag recht, aber sie haben jedenfalls bei allen Wahlen recht. Die amerikanische Politik – sie sehen das ja an der Gesundheitsreform genauso wie an der energiepolitischen Diskussion, die in Amerika stattfindet – Sie können die amerikanische Bevölkerung nicht auf Knopfdruck in eine völlig andere Richtung bringen und wegen Energiepolitik wird in Amerika keine Wahl gewonnen oder verloren, es sei denn, es gäbe einen radikalen Kurswechsel. Ich vermute einmal, Frau Hermenau, die GRÜNEN



würden mit ihrem deutschen Konzept in Amerika nicht auf zwei Prozent Zustimmung stoßen.

**(Antje Hermenau, GRÜNE, aus dem Publikum:** Das schert mich hier in Sachsen nicht.)

Das braucht Sie in Sachsen auch gar nicht zu scheren. Das ist völlig in Ordnung. Ich sage nur, da sind eben auch die Mentalitäten völlig unterschiedlich. Wenn Sie in Amerika sehen, wie da Stromleitungen verlegt werden, wenn Sie einmal die Energieversorgung in Amerika sehen, die Effizienzen dort sehen, wenn Sie einmal sehen, wie für die privaten Haushalte Alltagsgeräte funktionieren – Amerika ist an dieser Stelle technologisch gegenüber Europa um mindestens zehn Jahre zurück. Mindestens zehn Jahre, wenn nicht mehr. Insofern ist es aus der europäischen Sicht schon etwas überheblich, den Amerikanern jetzt sagen zu müssen, wie sie sofort binnen kürzester Frist ihre Energiepolitik umzustellen haben.

Man muss sie überzeugen – und das ist ein mühsamer Prozess. Die Erfahrung lehrt auch, und das gilt nicht nur für Amerika, das gilt für alle Politik, Anklagen und Vorwürfe auf offener Bühne, möglichst mit großem Presseecho, bewirken das Gegenteil von dem, was man eigentlich vorgibt, erreichen zu wollen. Deshalb müssen wir mit den Amerikanern über diese Fragen vernünftig reden. Das ist ein sehr langwieriger Prozess. Da muss man auch versuchen, sich gegenseitig zu überzeugen.

Übrigens wird mir jetzt Frau Hermenau wieder vehement widersprechen, das ist auch okay. Die Amerikaner werden es aber nicht akzeptieren, dass wir sagen, wir steigen aus der Nutzung der Kernenergie aus. In Amerika werden Kernkraftwerke gebaut und nicht geschlossen. Die Amerikaner haben da auch gute Argumente auf ihrer Seite. Wenn man hier zu einem vernünftigen Dialog kommt, kann man Lösungen finden. Wenn man sich gegenseitig

auf die Anklagebank setzt, dann wird es lachende Dritte geben, die sagen: Guck, die streiten, und wir gehen unseren eigenen Weg.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Finger, Sie hatten uns vorhin gesagt, der einzige Weg wäre mehr Austerität, mehr Disziplin, also Reduzierung im Haushalt und so weiter. Aber Politiker, die den Wählern bei all diesen Themen wirklich reinen Wein einschenken, werden doch nicht wiedergewählt.

**Bodo Finger:** Das ist schwierig, ganz klar. Da hat es eine Diktatur, die sich selbstverständlich niemand wünschen kann, leichter. Lassen Sie mich in dem Zusammenhang auf die wirtschaftlichen Erfolge Chinas hinweisen. Denn diese sind einem politischen System geschuldet, welches den Menschen eine Ideologie in den Mittelpunkt der Politik stellt. China zahlt für dieses extensive Wachstum einen erheblichen Preis: Die Umweltbilanz kann man nur kata-

strophal nennen, die Energie wird in Größenordnungen verschwendet und die Natur rücksichtslos zerstört. Ebenso wird die Würde des Menschen missachtet und im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen getreten. Ich denke hier vor allem an die Landbevölkerung, die vom Militär aufgehalten wird, in die südöstlichen Regionen zu strömen. Auch die Ein-Kind-Politik ist für mich nichts weiter als menschenverachtend. China hat einen enormen Reformbedarf, bevor es Anschluss an die westliche Welt finden wird.

In diesem Zusammenhang dürfen wir ebenso die Wirkung des Internets nicht vergessen. Auch wenn China beispielsweise Google-Dienste einschränkt, lassen sich die unglaublichen Informations- und Transparenzmöglichkeiten, die das Internet nun einmal bietet, nicht vor der Bevölkerung verbergen. Die Chinesen sehen, was draußen in der Welt los ist. Dies lässt sich nicht ewig verhindern. Das ist nicht möglich.

Die Chinesen brauchen ein acht- bis zehnprozentiges Wirtschaftswachstum, nicht, um den Wettbewerb gegenüber Amerika und Europa zu verschärfen, sondern um die Menschen in Arbeit und Lohn zu bringen. Denn nur so lässt sich das Machtssystem aufrecht erhalten. Wirtschaftspolitik ist dort also mitunter völlig anders motiviert als bei uns und unterliegt ganz anderen Zwängen. Uns treibt der globale Wettbewerb an, dort sind es primär innenpolitische Prämissen.

**Dr. Melinda Crane:** Aber wenn sie ihre 10 % nicht haben, dann wird BMW womöglich auch nicht so viele Autos in China verkaufen. Schließlich ist die deutsche Wirtschaft auch davon abhängig.

**Bodo Finger:** Dies ist für mich bei dieser Diskussion nicht von Bedeutung. Ich spreche hier von den Problemen der Chinesen. Wir in Europa haben noch einiges von dort zu erwarten und sollten uns wegen der momentan guten Zahlen daheim nicht blenden lassen. Schließlich

ist China inzwischen auch der größte Exportmarkt für sächsische Unternehmen.

**Dr. Melinda Crane:** Ich möchte jetzt von China langsam zurück kommen auf Europa aber vielleicht über den Umweg USA, denn Hu Jintao fliegt morgen in die USA und man sagte im Voraus: Er wird sicher mit den Amerikanern über die Rolle des Dollars als Reservewährung für China reden. Die Frage ist nur, ist der Euro da überhaupt noch eine Alternative, Herr Röbner? Was würden Sie Hu raten?

**Dr. Matthias Röbner:** Ich würde Hu raten, dass er die Währungsreserven entsprechend in bestimmten Segmenten anlegt. Das machen sie auch. Sie schichten auch in Euro um. Was den Chinesen vorschwebt, kann man heute in der »Süddeutschen Zeitung« im Wirtschaftsteil im Leitartikel lesen. Sie wollen eigentlich ihre Währungsvorräte segmentieren. Dabei wird der Euro seine Rolle spielen, das ist ganz klar.





Wir hörten gerade von Herrn Roth, dass die asiatischen Kunden, die Chinesen, die Taiwaner auch locker in Euro zahlen. Er hatte immer die Bedenken, dass sie ihre Geschäfte nur in Dollar abwickeln. Das ist schon lange nicht mehr so. Das zeigt, dass die Chinesen schon vorbauen. Die wollen ihre Währungsreserven – glaube ich – auf eine doch deutlich breitere Basis stellen. Da spielt der Dollar natürlich nach wie vor eine zentrale Rolle, aber nicht mehr die alleinige.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Roth, Herr Merz sprach vorhin von großer Fahrlässigkeit in der Diskussion über den Euro, ob wir ihn wirklich noch brauchen. Wie sehen Sie das als Experte?

**Dr. Dietmar Roth:** Ich hatte das mit Herrn Rößler heute Nachmittag schon einmal besprochen. Wir sehen den Euro im Export als relativ stark an und machen die gesamten Geschäfte in Asien auf Euro-Basis. Die Asiaten mögen es auch, dass wir das auf Euro-Basis machen. So gese-

hen ist die Diversifizierung, die die Asiaten im Euro-Bereich haben, sicher gewollt. Wir sehen auch keine wirkliche Wettbewerbssituation zwischen Dollar und Euro.

Nun ist meine Sichtweise auf diese Branche ein bisschen eng. Es kommen viele der Mitbewerber aus Europa oder Asien, aber sie wollten eigentlich nach USA hinüber gehen. Wir sehen eine ganz klare Tendenz, dass die Amerikaner – ob der Obama das so durchkriegt oder nicht – sich natürlich diesem regenerativen Ansatz irgendwo im Land nicht verschließen können. Aber der Zug ist eigentlich abgefahren, viel Wertschöpfung in die USA zu holen. Für die amerikanische Wirtschaft bedeutet das jetzt wieder einen Kauf aus China oder irgendwo. Sie bleiben ihrer Tradition in gewisser Weise treu, dass sie Consumer oder Halbconsumer sind und Industrieprodukte importieren. Ich glaube, die Europäer verstehen das im Moment ein Stück weit besser, dass sie versuchen, Teile der

Wertschöpfung hier zu halten. Da differenzieren wir uns auch – die Europäer und die Amerikaner. Wenn ich das an meinen Verkaufszahlen sehe, sind die Amerikaner die Schwächsten, mit denen wir Geschäfte machen.

**Dr. Melinda Crane:** Eigentlich wollte ich von Ihnen aber auch hören: Was würde ein Ausstieg aus dem Euro für Sie bedeuten? Ist das überhaupt denkbar für eine Firma wie Ihre, die so sehr vom Export abhängig ist? Was hätte es für Konsequenzen?

**Dr. Dietmar Roth:** Ich sagte ja, dass ich finanzpolitisch wenig belesen und unerfahren bin. Aber da muss ich Herrn Merz im Grunde Recht geben. Ich glaube, die ganze Fundamentierung dieser Währung in Europa ist für mich – ich bin auch nicht der Mensch, der jetzt denkt, ich muss noch einmal schnell in D-Mark umrechnen, da gibt es viele Leute, die das wohl machen – also, ich glaube, diese Währung hilft Europa und hilft auch der europäischen Wirtschaft.

**Melinda Crane:** Herr Scheel, der Chefvolkswirt Ihrer Partei hat ausgerechnet, was ein Ausstieg an verlorenen Arbeitsplätzen bedeuten würde. Wieso?

**Sebastian Scheel:** Da müssten Sie ihn eigentlich fragen. Aber ich gehe einmal davon aus, – da sind wir, glaube ich, auch alle einer Meinung – eine Abkehr oder Umkehr vom Euro ist keine sinnvolle Option. Worüber wir eher reden müssen ist, wie wir es hinbekommen, wieder eine Art Wechselkursstabilität einhalten zu lassen, vor allen Dingen zwischen den großen Leitwährungen, denn Yen, dem US-Dollar, dem Yuan und dann eben dem Euro, sodass dort eine gewisse Stabilität einkehrt. Denn die Debatten, die auch in Amerika stattfinden oder auch in Deutschland, dass die Chinesen durchaus mit Abwertung auch ihrer eigenen Währung sich natürlich komparative Kostenvorteile erarbeiten, wenn man so will, die müssen irgendwann auch einmal zu einem internationalen System führen, das am Ende

genau dieses Problem beseitigt, das in den 1970er Jahren entstanden ist. Daran müsste man arbeiten, nicht an der Abschaffung des Euro oder so etwas.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Merz, der amerikanische Ökonom Paul Krugman hat neulich einen Vergleich zwischen Nevada und ihrem Land gemacht. Interessanterweise haben Sie eine sehr ähnliche Statistik, was die Arbeitslosigkeit, was den Immobiliencrash angeht – eigentlich viele Parallelen. Er sagte, es gibt aber einen deutlichen Unterschied. Nevada ist bei allen Nachteilen, die es im Moment hat, viel, viel besser drauf, denn Amerika ist eine Transferunion. Würden Sie sich wünschen, dass wir in diese Richtung gehen? Sie sprachen von mehr politischer Einheit, was Steuerung angeht. Brauchen wir aber schließlich doch eine Transferunion?

**Friedrich Merz:** Das Maß der Transfers zwischen dem Zentralstaat und den Einzelstaaten in den USA ist auch nicht so

hoch und zwischen den einzelnen Staaten auch nicht so groß, dass sich damit nun fundamentale Unterschiede zwischen Europa und Amerika rechtfertigen lassen. Aber ein Vergleich ist richtig. Das vorletzte Buch von Krugman ist eine fantastische Beschreibung der globalen ökonomischen Entwicklung, insbesondere zu China. Er hat eine begnadete Weise, auch globale Entwicklungen zu beschreiben. An dieser Stelle folge ich ihm aber nicht, denn wir sind in Europa – eben anders als in Amerika – kein föderaler Staat, sondern wir sind eine Staatengemeinschaft. Allerdings gibt es auch da gewisse Überschneidungen. Wir werden in Europa – das haben wir in der Vergangenheit immer getan und wir werden es wahrscheinlich in der Zukunft noch etwas mehr machen müssen – als Ausgleich für die großen Vorteile, die wir aus der Währungsunion haben, einen gewissen Transfer in die Peripherie leisten.

Ich sage Ihnen auch meine persönliche Meinung: Nach der Finanzkrise, nicht in









der Finanzkrise, aber danach müssen wir uns über die Eurobonds unterhalten. Ich halte sie für die Lösung der Krise für ungeeignet, weil man jetzt keine Mechanismen einführen kann, die dazu notwendig wären. Aber es gibt unter anderem aus dem Bruegel-Institut in Brüssel sehr erwägenswerte Vorschläge, wie man solche Eurobonds strukturieren kann mit entsprechenden Aufschlägen für diejenigen, die die Defizitgrenzen überschreiten. Wenn man das über marktgerechte Preise abbilden kann, dass das Risiko der Refinanzierung an den Kapitalmärkten für diese Länder in Eurobonds größer wird, wenn sie ihre Defizitgrenzen nicht einhalten, wäre das sogar ein marktwirtschaftliches Instrument, das man überhaupt nicht mehr politisch steuern müsste, sondern das man einfach über den Markt abbilden könnte, weil dann eben Bonitäten am Markt auch entsprechend bepreist würden, und zwar in Bonds, die auch von der Europäischen Zentralbank mit garantiert oder herausgegeben werden könnten für den Fall

einer Krise. Also, es gibt Vorschläge. Sie sind meines Erachtens jetzt ungeeignet. Der Rettungsschirm ist wahrscheinlich richtig.

**Dr. Melinda Crane:** Aber dann für das Nachfolgesystem.

**Friedrich Merz:** Und zwar für das Nachfolgesystem deswegen, weil mit diesen Bonds die Emittenten mit in das Risiko genommen werden. Wir bekommen jetzt mit den Banken keinen haircut hin. Nehmen wir einmal an, wir würden jetzt sagen: Haircut in Griechenland 20 %. Die deutschen Banken sind in Griechenland mit 40 bis 50 Milliarden Euro beteiligt. Haircut bedeutet, 20 %, 10 Milliarden Euro Verluste für deutsche Kundeneinlagen bei Lebensversicherungen und bei Banken. Das hat einen Wertberichtigungsbedarf zur Folge, den heute am Tag niemand kalkulieren kann, Dominoeffekte, die hoch gefährlich sind, die niemand kalkulieren kann. Deshalb ist es in der jetzigen Phase der Krise richtig, einen

solchen Rettungsschirm aufzuspannen. Aber der Rettungsschirm ist keine Antwort zur Prävention.

Präventionsmaßnahmen müssen auch anders bepreist werden. Da müssen diejenigen, die solche Bonds begeben – das sind ja nicht nur die Staaten, das sind vor allen Dingen die Finanzinstitutionen – mit ins Risiko gehen. In dem Augenblick, wo die das Risiko haben, dass ein Bond ausfällt, müssen sie die ganz anders bepreisen, als sie das heute tun, wo natürlich jede Bank darauf setzen kann, dass ein Staat nicht insolvent wird, weil er nicht insolvent werden kann und nicht insolvent werden darf. Insofern möchte ich deutlich sagen: Wir müssen unterscheiden zwischen dem, was jetzt in der Krise passiert, und dem, was nach der Krise gemacht werden muss, damit man entsprechende Mechanismen schafft, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt und wenn sie sich wiederholt, solche Risiken auch begrenzt bleiben auf zum Beispiel das Territorium eines Staates

und dann auch entsprechend klar wird, dass Emittenten und Zeichner von solchen Papieren mitbezahlen müssen.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Rößler, Herr Scheel, sind Sie damit einverstanden?

**Sebastian Scheel:** Dem Grunde nach. Ich würde eine andere Debatte führen, aber Olli Rehn hat als Kommissar auch gute Vorschläge gemacht, wie man vielleicht in Zukunft dann auch im europäischen Raum mit der Frage »Verschuldungsgrad« umgehen kann, wie man überhaupt Kontrollmechanismen etabliert. In der Tat kann man es nicht sofort machen, weil – ich sage einmal – Deutschland auch sehr vorsichtig ist mit der ganzen Frage »Transferunion«. Das kann man auch verstehen. Wir haben unsere Erfahrungen mit dem Transfer West – Ost. Der ist nicht immer ganz optimal gelaufen. Natürlich haben die keine Lust, am Ende einen Scheck auf die Ewigkeit auszustellen. Deshalb braucht es eben auch die Mechanismen dazu. Wenn man überhaupt den Gedan-

kentransfer in den europäischen Kontext einbindet, braucht man eine irgendwie geartete Regelung, wie dann eben Einfluss auf die anderen Landeshaushalte genommen werden kann.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Rößler.

**Dr. Matthias Rößler:** Ich denke, eine Transferunion in Europa in dem Ausmaß, wie sich das vielleicht manche vorstellen, auch in anderen europäischen Ländern, ist den Deutschen politisch nicht vermittelbar. Wo wir wieder hinfinden müssen, ist die ursprüngliche Stabilität. Friedrich Merz hat zu Recht darauf verwiesen: Wer hat zuerst nachhaltig gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen? Wer hat die Stabilitätskriterien verletzt? Das war leider ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen zurückfinden zur Stabilität, zu den entsprechenden Kriterien, die damit verbunden sind. Was wir als Politiker in Deutschland an Beitrag leisten können, ist ganz einfach nachhaltige und generationengerechte

Haushaltspolitik dort, wo wir gestalten können. Das ist in unseren Landeshaushalten.

Ich denke, da hat sich Sachsen in den letzten Jahren – Herr Finger wies darauf hin – eigentlich vorbildlich verhalten mit all den politischen Konflikten, die damit verbunden sind. Wenn man beispielsweise einen Landeshaushalt wie den letzten um acht Prozent einkürzen muss, dann tummeln sich natürlich die Demonstranten vor dem Landtag. Ich halte es auch für wichtig, dass aus unserer Föderalismuskommission II wenigstens die Grundgesetzänderung herauskommen und die Schuldenbremse im Grundgesetz ist. Genau dasselbe müssen wir – und die Länder sind ja da gehalten – auf die Landeshaushalte übertragen. Deutschland kann anderen Ländern in Europa nur gewisse Stabilitätskriterien vorschlagen, wenn es selbst zuerst seine Hausaufgaben macht. Ich denke, da sind wir in den Ländern und beim Bund gefordert.



Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass ein grenzenloser Transfer erfolgt. Es wird immer ein gewisser solidarischer Ausgleich auch in Europa notwendig werden – ein Transfersystem, wie wir das in Deutschland mit unserem horizontalen Finanzausgleich haben, ein solches Transfersystem ist den deutschen Wählerinnen und Wählern überhaupt nicht zu vermitteln. Wir müssen dann wahrscheinlich ein anderes Stabilitäts- und Ausgleichsgefüge in Europa finden. Ansonsten werden die Leistungsträger – das ist ja nicht nur in Deutschland so, da gehören auch andere dazu – das einfach politisch nicht akzeptieren. In der Diskussion sind wir ja jetzt. Aber zuerst müssen wir hier in Deutschland, die Finanzpolitiker auf Bundes- und Landesebene, mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, die Fachpolitiker, und in den Landtagen mitnehmen.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Finger.

**Bodo Finger:** Ich kann mir einen solchen Transfer auch nicht vorstellen. Das ist doch schon bei unserem Finanzausgleich mit »Geber- und Nehmerbundesländern« ein Problem. Außerdem haben wir ja erlebt, wie empfindlich Griechenland auf die mit der Inanspruchnahme des »EU-Rettungsschirmes« verbundenen Auflagen reagierte und wie tief in Deutschland das Unbehagen darüber saß und nach wie vor sitzt, für fremde Schulden bürgen zu müssen.

Es muss also eine Lösung her, die einer klaren Richtung und Strategie folgt – Eurobonds könnten hier eine Antwort auf die Herausforderungen geben.

**Dr. Matthias Rößler:** Meine nicht.

**Bodo Finger:** Nein, ich sage es ja nur.

**Dr. Melinda Crane:** Viele von Ihnen rufen zu mehr Sparsamkeit, Austerität und so weiter auf. Auch dies würde bei amerikanischen Ökonomen zum Teil leichte

Skepsis hervorbringen, glaube ich. Ich zitiere wieder Herrn Krugman.

**Dr. Matthias Rößler:** Ja. Bei dem vor allen Dingen. Der regt sich ja pausenlos darüber auf.

**Dr. Melinda Crane:** Das ist richtig. Viele Amerikaner sagen: Ja, die Deutschen sind jetzt schon Weltmeister im Sparen. Was Deutschland eigentlich brauchte, wäre ein bisschen mehr Keynesianismus.

**Friedrich Merz:** Naja. Ich sage einmal, wenn man die Krugman-Kolumnen in der »New York Times« liest, kann man teilweise nur den Kopf schütteln, was er da für Vorschläge unterbreitet. Eine der wesentlichen Ursachen der Finanzkrise ist die Überschuldung der privaten Haushalte in Amerika gewesen, die insbesondere durch die Immobilien ausgelöst worden ist. Das, was Carter versprochen hat, damit hat er seinen Wahlkampf 1976 gemacht, und was dann Reagan gemacht hat, war doch einer der wesentlichen

Gründe, warum es zu einer solchen Blase im Immobilienmarkt kommen konnte. Das Versprechen an die Leute, dass die Werte der Immobilien stärker steigen als die Refinanzierungskosten im Kapitalmarkt, geht eben nur eine bestimmte Zeit gut. Spätestens in dem Augenblick, wo eine solche Blase entsteht, gibt es ein böses Erwachen. Und eine Blase platzt nie halb, sondern immer ganz. Deshalb gibt es nie eine Korrektur in moderater Form, sondern es gibt ein böses Erwachen für diejenigen, die auf solche politisch motivierten Zusagen vertraut haben.

Das war der schwere Fehler, den man auch mit Freddie Mac und Fannie Mae gemacht hat, dass man diese beiden Immobilienfinanzierer praktisch mit einer grenzenlosen Staatsgarantie ausgestattet hat. Das hat Geithner kurz vor Weihnachten 2009 noch gemacht mit der Folge, dass es heute ein Fass ohne Boden geworden ist auch für einen Staatshaushalt, der sich doch praktisch gar nicht

mehr bewegen kann. Wie wollen die Amerikaner denn aus diesem riesigen Defizit wieder herauskommen? Wie wollen sie denn in der Lage sein, ihre Bildungseinrichtungen zu finanzieren?

Wir haben eben – Herr Finger – schon einmal kurz über Bildung gesprochen. Das amerikanische Bildungssystem ist doch nur für diejenigen gut, die auf die Eliteschulen gehen können. Für die ist es phantastisch. Aber sie müssen alles auch selber bezahlen. Für diejenigen, die das nicht bezahlen können und die auf die normalen staatlichen Schulen gehen müssen, ist es eine Katastrophe. Das ist doch eine Staatsaufgabe, die letztendlich auch die amerikanische Gesellschaft irgendwann einmal gelöst sehen möchte. Wie soll die denn gelöst werden, wenn der amerikanische Haushalt völlig in den Schulden versinkt?

Jetzt lassen Sie einmal nur eine ganz geringe, moderate Zinserhöhung in den nächsten Jahren entstehen. Ich glaube

nicht, dass wir große Sprünge sehen werden, aber wir werden moderate Zinssteigerungen sehen, zumindest auf der europäischen Seite, mit der Folge, dass der Euro werthaltiger und der Dollar noch schwächer wird. Das wird erhebliche Konflikte zwischen Amerika und China auslösen, denn die Chinesen können kein Interesse daran haben, dass ihre Währungsreserven, die sie in Dollar halten, solche Schwächeanfalle erleben. Sie sind darauf angewiesen, dass die Dollarreserven auch wertstabil bleiben. Das heißt, da kommen neben den Finanz- und ökonomischen Konflikten massive politische Konflikte auf Amerika zu. Dieses Land ist heute schon viel zu schwach, um seine Rolle zu spielen, die es eigentlich spielen müsste. Es würde mit einer solchen Politik, die Krugman da empfiehlt, noch schwächer, als es heute schon ist. Das kann auch nicht in unserem Interesse sein.

**Dr. Melinda Crane:** Bei allen Debatten über die Rolle des Staates und den





Keynesianismus in den USA sind sich alle amerikanischen Politiker auf jeden Fall einig, dass der einzige Ausweg aus der Krise deutlich mehr Wachstum sei. Herr Roth, meinen Sie, dass es realistisch ist – und jetzt nicht nur auf Amerika bezogen, sondern insgesamt –, dass unsere Wirtschaft von einem ständigen starken Wachstum getragen werden kann und muss? Oder müssen wir den Aufstieg Chinas zum Beispiel als Zeichen dafür sehen, dass wir mit einem deutlich geringeren, schwankenden und abflachenden Wachstum in Zukunft rechnen müssen?

**Dr. Dietmar Roth:** Sie hatten eingangs die Frage gestellt, wie sich in der Wirtschaft die Situation widerspiegelt. Es ist natürlich – wenn Sie 2009 mit 2010 vergleichen – ein deutliches Wirtschaftswachstum in Deutschland und auch in Europa zu verzeichnen. Ich bin jetzt niemand, der in die Kristallkugel schauen kann, aber wir sehen auch die Nachhaltigkeit noch für 2011. Ich habe volle Auftragsbücher für 2011. Ich glaube, vielen

anderen Maschinenbauern oder ähnlich gelagerten Industrien geht das auch so. Ich sehe es schon, aber ich sehe auch die Zyklichkeit. Ich sehe, dass wir schneller auch wieder über eine Reduzierung des Wirtschaftswachstums reden werden, als es uns vielleicht lieb ist. Dieses Für-immer-und-ewig-Wachstum sehe ich nicht. Aber – das hängt jetzt auch mit der Sparsamkeit vielleicht der Europäer oder der Deutschen zusammen – wir haben natürlich extrem gute Finanzierungsinstrumente in Deutschland und Europa. Die haben die Amerikaner nicht.

Wir als börsennotiertes Unternehmen leben stark vom Kapitalmarkt und sehen natürlich, dass diese Börsen im Moment wieder gefüllt sind, eigentlich überfüllt aufgrund auch des Sparverhaltens der Deutschen. Die befeuern natürlich die Wirtschaft. Die können riskantere Themen, die in Europa auch zukunftsträchtig sind und die Alleinstellungsmerkmale der Europäer dann generieren, finanzieren. Das würden Sie in China im Moment

nicht finanzieren können. Gerade im High-Tech-Bereich oder in innovativen Bereichen ist der Europäer bevorteilt, was Innovation und auch die Finanzierung dieser Innovationen betrifft. Das sollten wir auch tunlichst so beibehalten. Ich glaube, die Bundesregierung oder die Europäer sind gut beraten, auch solche Wirtschaftsindustrien weiter – ich habe über die Lebenszyklen gesprochen – zu befeuern.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Scheel.

**Sebastian Scheel:** Herr Roth hat es eben schon einmal ganz kurz angedeutet, weil ein Aspekt natürlich immer vergessen wird. Unsere Sparquote ist an dem ganzen Dilemma auch mit schuld. Wenn der Euro, der gern gespart wird, nicht den Euro in Deutschland findet, der auch da investiert wird, dann sucht er natürlich nach anderen Möglichkeiten. Der soziale Wohnungsbau in Amerika hat ihm diese Möglichkeiten gegeben. Hätte es dieses Geld nicht gegeben, hätte Amerika sich

nicht mit massiven weltweiten Sparbeiträgen refinanzieren können, hätten wir auch nicht ein solches Ausufernd dieser Immobilienblase dort gehabt. Das ist zumindest meine Überzeugung.

Das führt eben am Ende auch dazu, dass – wir können gern nachher darauf noch Bezug nehmen – wir mit den Konsequenzen in der Weise leben müssen, wie wir gerade leben müssen, weil wir eben so stark mitbetroffen sind. Wenn wir es nicht schaffen, entweder auch wieder mehr in die konsumtive Seite hinein zu gehen, Keynesianismus ist ja – sagen wir einmal – ein bisschen antizyklisches Handeln, es geht ja gar nicht darum, aber die konsumtive Seite auch wieder mehr zu unterstützen und die Binnenwirtschaft in Deutschland zu stärken, dann werden wir auch weiterhin diese Extremsituation haben, die für eine Volkswirtschaft einfach nicht gesund ist.

**Dr. Dietmar Roth:** Aber der Deutsche will natürlich auch die Nachhaltigkeit erst

einmal sehen. Ich sprach gerade davon. In 2010 ging es besser, in 2011 geht es wahrscheinlich noch einmal besser. Dann wird es natürlich auch eintreten, dass der Deutsche eher einmal zum Konsum neigt. Aber der Amerikaner ist nach zwei Monaten zufrieden.

**Dr. Melinda Crane:** Im Moment nicht.

**Dr. Dietmar Roth:** Da wird der nächste Kredit aufgenommen.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Finger.

**Bodo Finger:** Die Finanzkrise unter anderem mit der deutschen Sparquote erklären zu wollen, ist mir zu kurz gesprungen. Denn nicht die Sparer sind das Problem, sondern jene Leute, die mit den Ersparnissen anderer gierig, leichtfertig und teilweise kriminell umgehen.

Wo hat man denn die Gelder investiert? Nicht daheim in Deutschland, wo es

gerade dem Mittelstand gut getan hätte und auch transparent sowie übersichtlich angelegt gewesen wäre. Nein, man suchte vor allem hohe Renditen – egal wo auf der Welt und egal, wie hochrisikant die Investments ausfielen. Unsere Finanzwirtschaft hat einen großen Anteil an dieser Misere.

Aber – und das sagten Sie, Herr Merz – wir haben auch unseren Teil zur Entstehung dieser Krise beigetragen. Denn Fakt ist: Wir haben 30 Jahre über unsere Verhältnisse gelebt. Dies rächt sich nun, denn wir können nicht endlos so weitermachen. Wenn wir zu einer politischen Lösung kommen wollen, müssen einerseits die EU-Mitgliedstaaten endlich zu einer einheitlichen Strategie finden. Andererseits dürfen wir als Bürger den Staat nicht überfordern.

Ohne Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten und mehr persönlich geübter Bescheidenheit werden wir keinen Ausweg aus der jetzigen Krise finden.



**Dr. Matthias Rößler:** Wir sind natürlich froh, dass wir die Sparquote von 11, 12 % in Deutschland haben. In anderen Ländern ist der Staat verschuldet und die Bürger auch. Bei uns ist wenigstens nur der Staat verschuldet und die Deutschen haben allerhand auf der hohen Kante. Ich meine, damit kann der Staat ein bisschen was machen, aber entscheidend für uns ist ja, dass die Investitionen bei uns hier in Deutschland oder in Europa erfolgen. Entscheidend für uns ist natürlich auch, dass wir ein gewisses Vertrauen beim Sparer erhalten. Dass wir in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft in Deutschland keine Wunderdinge in der Binnenkonjunktur oder im Konsum erwarten können, wo fast alle schon alles haben, das ist auch klar. Deutschland ist auf Exportmärkte angewiesen. Wir sind ja froh, dass Asien so expandiert. Dort bringen wir unsere Exporte ja unter, gerade die beiden Herren, die hier sitzen. Eigentlich müssten wir alles tun – dazu hat Friedrich Merz aufgerufen –, unsere Innovationsfähigkeit

zu erhalten. Dann sind wir irgendwann bei Bildung, bei Investitionen in unsere Forschungseinrichtungen, beim Innovationszyklus. Was nützt uns die Forschung, wenn wir sie nicht in marktfähige Produkte umsetzen können. Das sind eben die Dinge –

**Bodo Finger:** Infrastruktur

**Dr. Matthias Rößler:** – Super-Infrastruktur! Wenn man unsere Stromleitungen sieht und die mit denen in den USA vergleicht, sieht man, welcher Nachholbedarf auch dort da ist, auch gewaltige Märkte. Amerika muss auch in seine Infrastruktur investieren. Ich will ja nur an den Optimismus von Friedrich Merz anknüpfen. So schlecht sieht es nicht aus – und es ist gut, dass die Deutschen so sparen. Da bin ich anderer Meinung als Sie, Kollege Scheel.

**Friedrich Merz:** Vielleicht darf ich die Bemerkung noch einmal machen. Die Immobilienkrise in Amerika ist kein Ergebnis

übermäßiger Sparanstrengungen, sondern einer völlig fehlgeleiteten politischen Animation, in die Verschuldung zu gehen und sich mit Schulden, und dazu noch ohne jedes Eigenkapital, Häuser zu kaufen, nur mit der Begründung, die Häuser steigen schneller im Wert als die Zinsen. Zum Schluss bekamen sie, wenn sie ein Haus ohne Eigenkapital bezahlten, noch 10 000 Dollar Cash und eine Krankenversicherung kostenlos dazu. Dieses Spiel musste irgendwann aufhören. Die Folgen werden viele amerikanische Familien in den nächsten Monaten noch sehr, sehr bitter zu spüren bekommen. Es gibt in diesem Jahr 200 000 bis 300 000 Häuser, die noch einmal verkauft werden müssen, weil die Familien die Zinsen nicht mehr bezahlen können.

Ich glaube, es gibt für uns ein anderes Problem. Ich meine, dass wir im Prinzip richtig liegen, dass wir Sparquoten haben, die immer irgendwo zwischen 6 % und 11 % liegen. Die amerikanischen Bürger sind klüger als manch einer in

der Politik, denn sie haben jetzt auch verstanden, dass mit negativen Sparraten eine Zukunft nicht finanziert werden kann.

Nur ein Problem gibt es in Europa und insbesondere in Deutschland. Das wird sich jetzt nach der Krise noch deutlicher herausstellen. Nach der Krise hat sich in den Kapitalmärkten wieder sehr viel zum Positiven gewendet. Sie konnten im Jahr 2010 allein durch den deutschen Aktienindex 16 % Plus machen. Diejenigen, die davon profitieren, sind aber eine kleine Gruppe in der Gesellschaft. Wir haben durch die Verteufelung der Kapitalmärkte die Disparitäten in der Einkommens- und Vermögensentwicklung weiter verschärft. Die Behauptung, dass man über Kapitalmärkte nicht sparen kann, ist eine der verheerendsten politischen Behauptungen, die in den letzten Jahrzehnten aufgestellt wurde.

Dazu gehört genauso der Halbsatz: Die Rente ist sicher. Wenn wir es nicht schaffen – und da ist Amerika anders –, wieder

mehr Bevölkerungsteile dazu zu bewegen, im Kapitalmarkt zu sparen, und zwar nicht Daytrader zu werden, sondern langfristiges Geld im Kapitalmarkt anzulegen, werden wir unser Armutproblem im Alter drastisch verschärfen. Es mag Sie überraschen, dass Sie das von einem Christdemokraten hören, aber ich beschäftige mich mit diesem Thema schon relativ lange und schaue mir die Statistiken relativ lange an: Es ist eindeutig und klar, dass Sie über Kapitalmärkte eine höhere Ersparnisbildung ermöglichen können als über alle anderen Systeme und dadurch jedem Sozialsystem überlegen sind.

Sämtliche Rückschläge eingepreist, hätten Sie in Deutschland seit 1949 bis heute im Durchschnitt rund 8 % jedes Jahr an Vermögenszuwachs erzielen können, einschließlich aller Krisen, einschließlich der letzten. Wenn das Sparverhalten der Bevölkerung nicht korrigiert wird, werden wir ein Problem haben, das ganz anders ist als die Finanzkrise. Dann werden wir nämlich eine rasant steigende

Altersarmut haben und eine immer kleiner werdende Oberschicht, die immer vermögender ist. Das – glaube ich – kann nicht in unserem Interesse sein. Wir müssen über die Kapitalallokation in der Breite der Bevölkerung reden und müssen Anreize schaffen, dass die Bevölkerung nicht nur spart, sondern richtig spart, damit auch aus diesen Ersparnissen Kapital wird.

**Sebastian Scheel:** Ich glaube, es ist schon in einem gewissen Maß Augenschmerz zu glauben, dass wir die Altersarmutproblematik, die mit Sicherheit vor uns liegt, damit lösen können, dass wir die Kapitalmärkte als Anlageform hoch preisen, weil gerade diejenigen, die von dieser Altersarmut betroffen sein werden, gar nicht die Möglichkeit haben, überhaupt finanziell in einem Maß in diese Kapitalmärkte einzusteigen, dass es einen Sinn ergeben würde.

**Bodo Finger:** Er meint das anders.





**Friedrich Merz:** Ich werbe nur dafür, –

**Sebastian Scheel:** Ja, ich habe nur gesagt, ich möchte nicht, dass dieser Eindruck erweckt wird, weil das am Ende nicht stimmt.

**Friedrich Merz:** Nein. Ich werbe nur dafür, dass wir nicht glauben, dass soziale Transfersysteme, die umlagefinanziert sind, auf Dauer die Probleme lösen können. Das können sie nicht.

**Sebastian Scheel:** Deswegen brauchen wir eine Kapitaldeckung.

**Friedrich Merz:** Deshalb brauchen wir eine vernünftige Neujustierung von drei verschiedenen Durchführungsformen der Ersparnis- und Kapitalbildung. Das Rentenproblem lässt sich durch neue Rentenversprechungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht lösen. Es ist dort unlösbar. Das weiß auch jeder, der sich damit etwas näher beschäftigt. Wir brauchen eine vernünftige Aufteilung in drei Säulen.

Die Rentenversicherung bleibt, aber es muss eine vernünftige betriebliche Altersversorgung hinzukommen, Lohnumwandlung, gerade in Zeiten des Aufschwungs. Ich würde jedem Unternehmer heute raten, den Aufschwung zu nutzen, um mit der Belegschaft darüber zu reden, ob man nicht Modelle der Arbeitnehmerbeteiligung entwickelt, die auf die Altersversorgung aus dem Lohnaufkommen ausgerichtet sind. Lohnzuwächse in allen Ehren, die kann jeder gut gebrauchen, aber wichtiger als Lohnzuwächse ist der Aufbau einer vernünftigen Altersversorgung, die auch durch die betriebliche Altersversorgung unterstützt wird.

Die dritte Säule ist der Kapitalmarkt. Deshalb: Schenken Sie Ihren Kindern irgend einen beliebigen Aktienfonds, irgendetwas. Die Sparkassen, die Volksbanken haben erfolgreichste Produkte dazu. Wenn Sie mir nicht glauben – da ist doch dieser kleine Skandal in der Landeskirche Westfalen passiert. Ich

weiß nicht, ob Sie es gelesen haben. Ich will dazu in den nächsten Tagen etwas schreiben. Ich finde, die haben das fantastisch gemacht. Sie haben 1,4 Millionen D-Mark im Jahr 1967 auf die Seite gelegt, von denen keiner etwas wusste. Aus 1,4 Millionen D-Mark sind 40 Millionen Euro 40 Jahre später geworden, weil Sie damit vernünftig umgegangen sind. Aber sie haben es nicht auf dem Sparkonto liegen gehabt. Das haben vernünftige Manager auf dem Kapitalmarkt angelegt und haben das in vierzig Jahren vervierzigfacht. Ich muss mir noch anschauen, wie sie das gemacht haben. Das haben die sensationell gut gemacht! Das ist die evangelische Kirche, die ja nun eine hohe Autorität hat. Frau Käßmann sollte das Beispiel wirklich bei jeder Gelegenheit zitieren. Wunderbar!

**Dr. Melinda Crane:** Die Protestanten können sparen! Wir hören es schon vom Publikum, da gibt es ziemlich viel Kommentar, deshalb auch gerne von Ihnen, meine Damen und Herren, ein

paar Fragen. Noch haben wir Zeit. Wer möchte?

**Antje Hermenau:** Mein Name ist Antje Hermenau. Ich beschäftige mich auch seit 15 Jahren mit öffentlichen Finanzen. Ich bin keine Bankerin. Ich hätte gern Ihre Meinung zu zwei Risiken gehört, die ich sehe – ob Sie das auch so einschätzen oder wie Sie die bewerten. Das erste Risiko ist, dass in Brüssel seit ungefähr einem Jahr eingeschätzt wird, dass ca. 17 Billionen Euro an allen europäischen Banken in zumindest schwachen – um nicht zu sagen schmutzigen – Papieren stecken und dass der Abschreibungsbedarf maximal zu einem Drittel durch ist. Sehen Sie das ähnlich? Das ist die erste Frage. Das heißt ja, wir haben uns in Deutschland nur einmal die Bankenrettung leisten können, ein zweites Mal sehe ich nicht, dass wir das schaffen.

Das zweite Risiko, das ich nicht einschätzen vermag, aber als bedrohlich empfinde, ist die Frage des Immobilien-

marktes in Großbritannien. Nun ist Großbritannien nicht Mitglied des Euroraumes, das erleichtert das etwas. Aber wenn eine Volkswirtschaft wie die britische massive Probleme hat, sind wir auch im Boot, egal, ob wir den Euro haben oder nicht. Die Briten – das hörte ich von einem Banker in London – müssen ungefähr 140 Milliarden Pfund an privaten Immobilienkrediten in den nächsten vier, fünf Jahren umschulden. Sie haben nun drastische Einsparungen, Gehälter werden gekürzt, es gibt Jobverluste und so weiter. Das heißt, da bahnt sich im Prinzip etwas Ähnliches an wie in den USA. Ich habe aber auch die Wahrnehmung, dass – wenn ich die Zahlen vergleiche – pro Kopf die Briten noch stärker im Immobilienmarkt verschuldet sind, als es die Amerikaner 2008 waren. Das macht mich außerordentlich nervös.

**Friedrich Merz:** Was die Zahlen über die sogenannten toxischen Papiere in den Banken betrifft, da mögen Sie Recht haben. Ich finde diese ganzen Zahlen-

spekulationen deshalb unverantwortlich, weil niemand wirklich genau sagen kann, was toxische Papiere eigentlich sind. Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen: Wir erleben im Augenblick, dass verschiedene Papiere, die aus Banken ausgegliedert und in Bad Banks übertragen worden sind, ganz kontinuierlich, sehr langsam, aber kontinuierlich wieder an Wert gewinnen. Das wird ohnehin ein System sein, das wir wahrscheinlich längerfristig brauchen – Ausgliederung aus Bilanzen, Übertragung in Abwicklungsanstalten und dort einfach einmal liegen lassen, nicht quartalsweise bewerten, keine Ratingagenturen, die da ihr Unwesen treiben, sondern einfach einmal liegen lassen und sich ansehen, wie sich die Dinge entwickeln.

Die größere Gefahr, die ich sehe, sind in der Tat nicht nur Immobilienpreise, die durch die Decke gehen, sondern Assetblasen. Das müssen gar nicht Immobilien sein. Das können beliebige andere Formen von Assets sein. Das werden häufig, aber









nicht immer Immobilien sein. Der spanische Immobilienmarkt ist völlig überreizt und bricht im Augenblick möglicherweise zusammen. Das kann in Großbritannien auch passieren. Woran liegt das?

Meistens sind das sozialpolitisch motivierte gute Taten einer Regierung, die sagt, wir wollen jetzt einmal bestimmte Dinge fördern und fördern sie dann durch entsprechende Hilfestellungen, durch Subventionen, durch Garantien – einfach, damit eine bestimmte Bildung von Vermögen entstehen kann. Aber wenn dieses Vermögen nicht werthaltig, wenn das zu sehr auf Kreditbasis finanziert ist, dann ist die Gefahr sehr groß, dass sich das wiederholt. Im Immobilienmarkt liegt eben die große Gefahr, dass Vermögensbildung als etwas Sinnvolles empfunden wird. Das ist es ja auch. Aber man darf dann der Bevölkerung nicht sagen, das kannst Du zum Nulltarif haben und der gesamte übrige Konsum bleibt davon unbeeindruckt. Dann muss man ehrlich sagen: Wir brauchen bestimmte Min-

destkapitalausstattungen, Mindestanforderungen auch, zum Beispiel bei der Gewährung von Immobilienkrediten und das können Sie in Deutschland sehen. Dieses sehr konservative Bankensystem in Deutschland auch bei Immobilienkrediten hat in der Regel dazu geführt, dass hier ein vernünftiges Maß an Eigen- und Fremdkapital abverlangt wurde. Da, wo es schiefgegangen ist, das können Sie bei Hypo Real Estate sehen, das können Sie bei IKB sehen, das können Sie bei einigen anderen sehen – schiefgegangen ist es auf den Auslandsmärkten. Auf den Auslandsmärkten sind sie außer Rand und Band geraten. Wenn sie das noch außerhalb der Bilanz gemacht haben, selbst die Wirtschaftsprüfer das nicht gesehen haben, dann sind es eben zum Teil wirklich kriminelle Machenschaften gewesen. An der Stelle sind die Probleme entstanden.

Mein Appell lautet ganz einfach: Erstens die Nerven behalten. Es gibt überhaupt keinen Grund, jetzt die Panik zu bekom-

men, sondern ganz systematisch die Probleme abarbeiten. Zweitens der Bevölkerung keine unrealistischen Versprechungen machen. Das sind nach ja immer wieder die gleichen Muster. Die amerikanische Regierung hat der Bevölkerung versprochen, jede Familie bekommt ein Haus. Die europäischen Regierungen haben ihrer Bevölkerung versprochen, jeder bekommt zum Nulltarif eine Altersversorgung und eine Krankenversicherung. Beides stimmt nicht.

Wir werden nicht so stark in den Konsum gehen können, sondern wir müssen in die Kapitalbildung gehen. Wir müssen in die Vermögensbildung gehen. Das lässt sich am besten gewährleisten, indem man breit diversifiziert. Das ist Immobilienvermögen, das ist Altersversorgung, das ist eine vernünftige Krankenversicherung und das ist auch last but not least Investition in die Bildung. Investition in die Bildung können Sie aus leeren Kassen nicht leisten, weder aus privaten noch aus öffentlichen leeren Kassen.

Wenn man die Schlussfolgerungen aus der Krise zieht, dann kann in der Krise sogar etwas Gutes liegen, denn, meine Damen und Herren, nur dass das auch klar ist: Das ist nicht die letzte Krise, die wir erleben. Marktwirtschaft ist eine Abfolge von Krisen und rasanten Erfolgen. Wenn wir weiter offene Gesellschaften und offene Märkte haben wollen, dann werden wir auch in Zukunft große Misserfolge haben und irgendwann auch wieder großartige Erfolge. Die Substanz muss stabil bleiben, damit wir das auch in Zukunft durchhalten. Ich glaube, die Substanz ist nach wie vor stabil.

**Dr. Melinda Crane:** Gibt es weitere Fragen? Gar keine?

**Dr. Matthias Rößler:** Alle sind zufrieden.

**Dr. Melinda Crane:** Dann würde ich sagen ... Ja, da ganz hinten ist noch jemand.

**aus dem Publikum:** Mein Name ist Eber(s)bach. Ich habe die Diskussion

verfolgt. Sie war auch sehr interessant. Ich bin eigentlich hergekommen, weil ich wissen wollte, was sind denn wirklich die Lösungsvorschläge für diese Finanzkrise und Finanzkrisen, die noch kommen?

**Dr. Melinda Crane:** Und das bitte in einer Minute.

**Friedrich Merz:** Ich finde, wir haben doch jetzt schon fast zwei Stunden auch über dieses Thema geredet. Da hinter meinem Vortragstitel ein Fragezeichen stand, will ich die Frage auch noch einmal kurz beantworten. Ich glaube, wir sind nicht auf dem Weg in eine Staatskrise, wenn die politisch handelnden Akteure, jetzt – und das ist eine Kondition – der Bevölkerung glaubwürdig vermitteln können, dass es hier nicht um kurzfristigen parteipolitischen Gewinn, sondern um langfristige gesamtpolitische Lösungen geht.

Das ist das Problem in den USA. Diese Gesellschaft ist tief gespalten. Bush hat

sie gespalten und Obama hat die Spaltung vertieft. Das ist das Tragische an diesem Präsidenten. Es kann sein, dass Obama jetzt durch den Mehrheitswechsel in einem der beiden Häuser gezwungen wird, etwas Ähnliches zu machen wie Clinton auch, nämlich auf die Republikaner zuzugehen und einen neuen gesellschaftspolitischen Konsens zu suchen.

Ich plädiere auch sehr dafür – die, die mich kennen, wissen, ich bin sehr dafür, dass wir uns richtig streiten, aber nicht um die Person, sondern um den richtigen Weg in der Sache, und dass wir dann am Ende des Tages zu besseren Lösungen kommen, weil wir aus dem Streit heraus bessere Erkenntnisse hatten. Ich sagte eben, ich habe manches auch in meiner Einschätzung korrigiert und wenn wir mit der Bereitschaft daran gehen, die Probleme zu lösen, dann sind sie lösbar. Denn wir leben hier doch immer noch in einer der wohlhabendsten Regionen der Welt. Mit mir meine ich in Europa und wir heißt auch Amerika. Amerika und



Europa müssen aber zusammenstehen und diese Themen anpacken.

Ich habe eben mit sechs verschiedenen Themen versucht, sie einmal zu definieren. Dann wird es gehen und es wird trotzdem nie ohne Rückschläge bleiben. Es wird Enttäuschungen geben. Aber ich glaube, dass wir die Chance haben, das jetzt auch richtig zu machen, vorausgesetzt, die Seriosität der Problembehandlung nimmt zu und damit auch wieder das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Ich sage es Ihnen jetzt einmal, weil ich es heute – glaube ich – etwas besser sagen kann, als wenn ich noch selber betroffen wäre: Es ist ein verdammt harter Job, die Arbeit in der Politik zu machen. Ich finde alle, unabhängig davon in welcher Partei sie sind, sie haben alle von der Bevölkerung etwas mehr Anerkennung und Unterstützung verdient. Das soll nicht heißen, dass man mit allem einverstanden ist, aber man soll zumindest die Bemühungen respektieren und mit dieser zum Teil wirklich niederträch-

tigen Art und Weise des Umgangs mit den Politikern, nicht zuletzt über die Medien, aufhören. Denn es sind die Entscheidungsträger, die darüber am Ende des Tages entscheiden, ob es unserem Land gut oder schlecht geht.

**Dr. Melinda Crane:** Herr Scheel.

**Sebastian Scheel:** Das Schlusswort wollte ich Ihnen jetzt nicht streitig machen, aber zumindest eines noch sagen: Ich glaube, eines hat sich gezeigt: Der Markt an sich hat keine Moral und deshalb braucht er, um Moralität herzustellen auch der Entscheidungen, natürlich bestimmte Regularien und bestimmte Regeln, Leitplanken, an denen er sich bewegen kann. Diese einzuführen, darum wird es gehen müssen. Dann geht es eben um Eigenkapitalerhöhung, wie viel Eigenkapital hat da zu sein, dann geht es auch darum, welche Geschäfte überhaupt gemacht werden dürfen, was ist wirkliches Bankgeschäft. Früher hieß es einmal drei – sechs – drei, für 3 % das

Geld holen, für 6 % herausgeben und um drei zum Golf gehen. Wenn das nicht mehr funktioniert, haben wir vielleicht auch ein Problem. Ich will jetzt nicht zu sehr simplifizieren. Da werden wir wieder in Diskussionen kommen müssen, auch um diesen Sektor einmal zu begradigen, weil die Sprengkraft, die in diesem Finanzsektor steckt, für die gesamte Marktwirtschaft, für die Weltwirtschaft gefährlich ist.

**Dr. Melinda Crane:** Ich höre, dass die Diskussionen schon weitergehen. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir sie auch draußen führen. Es gibt noch einen Umtrunk und ich möchte Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Interesse danken. Vor allem danke ich allen Teilnehmern auf der Bühne sehr, sehr herzlich für dieses sehr anregende Gespräch. Ich wünsche Ihnen jetzt allen weiterhin schöne Gespräche draußen.



